

mo

SOS
MITMENSCH

KOPFPORTAGE DAVON 1,25 €
2,50 €
EBRO FÜR

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 39

Ethnic Profiling?
GIBT ES NICHT!

Interview
Klaus Vavrik
WIE GESUND IST
ÖSTERREICH?

Stefan Petzner
EINE
REINWASCHUNG



SYRIEN-FLÜCHTLINGE

DAS LANGE WARTEN

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.

Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!

PSK: IBAN AT87 6000 0000 9100 0590, BIC OPSKATWW



Dossier: Knappe Ressourcen
Illustration: PM Hoffmann

W

Liebe Leserin
Lieber Leser

Wir haben das Dossier dieser Ausgabe „Knappe Ressourcen“ genannt und wollten drei Bereiche thematisieren, die sonst nicht unbedingt mit den Begriffen der Menschenrechte und Demokratiefragen in Verbindung gebracht werden: Ein Recht auf Natur hat mittlerweile auch die UNO in ihre Agenda aufgenommen. Auch wenn Umweltschutz dröge klingt, ist es wohl die Herausforderung für die kommenden Generationen. Selbst US-Präsident Barack Obama hat das bereits erkannt und gegen den Widerstand der Industrie neue politische Ziele für die Zukunft formuliert. Das Thema Gesundheit ist eine eminent demokratiepolitische Frage, die viel mit der Leistbarkeit der Ressource Hi-Tech-Medizin, aber noch mehr mit dem Bewusstsein und den Lebensumständen der Menschen zu tun hat. Wie sonst wäre es erklärbar, dass im gleichen Land Angehörige ärmerer Schichten acht Jahre kürzer leben als Bessergestellte? Als drittes Beispiel für die Knappheit der Ressourcen haben wir die Flüchtlingshilfe gewählt, die sich zur Zeit wieder an der absurden Debatte des BMI über geplante Zeltstädte in Österreich offenbart. Der Korrespondent Karim El-Gowhary hatte dazu getwittert: „In Ägypten gibt es 136.000 registrierte syrische Flüchtlinge. Keiner lebt in Zelten.“ Dass knappe Ressourcen nicht unbedingt ein ökonomischer Fakt, sondern oftmals eine Frage politischer Prioritäten sind, wird in diesem Dossier evident.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßell

INHALTSVERZEICHNIS



Foto: Matthias Schickhofer



Foto: Karin Wasner



Foto: WILKE

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 HANDLUNGSBEDARF

EU: Sichere Einreise für 500.000 Menschen!
Kommentar: Alexander Pollak

Dossier: Knappe Ressourcen

8 EIN MENSCHENRECHT AUF NATUR

Umweltschutz ist das existenzielle Thema für die nächsten Generationen. Das hat nun auch die UNO erkannt.
Text: Eva Bachinger

12 GERINGE GESUNDHEITSERWARTUNG

In Österreich leben Angehörige ärmerer Schichten um 8 Jahre kürzer als Bessergestellte. Der Kinderfacharzt Klaus Vavrik über die Ursachen.
Interview: Gunnar Landsessel

16 WENN DAS LEBEN STILL STEHT

In Waldzell (OÖ) harrt eine Gruppe syrischer Flüchtlinge auf den Start in ihr neues Leben. Ein Lokalausweis.
Reportage: Nermin Ismail

20 #STOLZDRAUF

Warum der Österreichische Integrationsfonds lieber auf eine PR-Kamagne statt wie bisher auf Wohn-Hilfe setzt.
Text: Sonja Dries

Welt

21 STARTSEITE WELT

Bangladesch zwei Jahre nach dem weltweiten Aufschrei über Tausend Tote beim Brand einer Textilfabrik.

22 „WIR KONTROLLIEREN NUR“

Ein Betroffener geht an die Öffentlichkeit: Die Wiener Polizei hat mich festgenommen, weil ich schwarz bin.
Bericht: Huey T.

26 „WIR KONTROLLIEREN NUR“, TEIL 2

Nachgefragt bei der Polizei und bei ZARA: Gibt es Ethnic Profiling in Wien?
Text: Clara Akinyosoye

28 JUNGS AUS DER GEGEND

Ottakring ist kein Ghetto, aber die Hochburg des Wiener Serben-Raps. Die Hip-Hopper Manijak und Svaba Ortak im Portrait.
Text: Stefan Kraft

32 EINE REINWASCHUNG

Einst wollte Stefan Petzner gemeinsam mit seinem Chef Kärnten „tschetschenenfrei“ machen. Heute will er davon nichts mehr wissen.
Text: Philipp Sonderegger

27 IMPRESSUM

Rubriken

36 HASS - GESCHÜTTELT UND GESCHÜRT

Wie rechte Hetzer Bilder fälschen und sich diese in Social Media verbreiten.
Dokumentiert von Heimat ohne Hass

37 NEUES VON DER BOCK

Frau Bock sucht ein Haus.

38 KOLUMNEN

Martin Schenk über kulturalistische Kurzschlüsse.
Philipp Sonderegger: Wenn der Staat schwindet...
Clara Akinyosoye: Wo bleiben die Guten?

40 BÜCHER

Neuerscheinungen: Who the Fuck is Kafka; Die Machiavellis der Wissenschaft; Das Guantanamo Tagebuch

41 SPOTLIGHT

Der Vordernberger Bürgermeister wundert sich, warum wir im Bundesgebiet so wenig Schubhäftlinge haben.
Text: Sonja Dries

45 SOS MITMENSCH

Democracy Now: Pass egal Wahl!

46 ANDERE ÜBER...

Alev Korun über die Mitverantwortung der EU am Massensterben im Mittelmeer.



Alle Menschen sind frei und gleich
an Würde und Rechten geboren.

TAXI 40100

taxi40100.at

Vermehrt Schönes!

Das MehrWERT Sponsoringprogramm

Unter Sponsoring verstehen wir die freiwillige Förderung und Unterstützung von Institutionen, Initiativen und Projekten im Kultur-, Sozial-, und Bildungsbereich.

Durch das MehrWERT Sponsoringprogramm bekennt sich das Unternehmen zu seiner sozialen Verantwortung und zu den Werten, die wir für unterstützungswert erachten.

Sponsoring wie wir es verstehen, ist MEHRWERT-Sponsoring.

www.sponsoring.erstebank.at

ERSTE 
MehrwERT Sponsoring



Jetzt CO₂-neutraler Druck
bei Berger!

ClimatePartner[®]
wir drucken klimaneutral

Ausdruck von **Harmonie.**

„Ab sofort darf sich die Druckerei Berger als CO₂-neutral zertifizierten Betrieb bezeichnen. Ein weiterer großer Meilenstein von Berger, um unseren Kunden vorzügliche Druckergebnisse zu verschaffen und gleichzeitig auf die Harmonie mit der Umwelt zu achten.“

Ferdinand Berger & Söhne GmbH | Wiener Straße 80 | A-3580 Horn | T 02982-4161-0
Stadtbüro Wien | Pulverturmstraße 3 | A-1090 Wien | T 01-313 35-0


DRUCKEREI
BERGER

Das persönliche Druckerlebnis



www.berger.at

Pre-Press | Digitaldruck | Bogenoffsetdruck | Rollenoffsetdruck | Industrielle Buchbinderei

Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18

Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr

Sa 10.00–17.00 Uhr

www.brillenmanufaktur.at

SCHARFNET



ΜΕΤΑ & ΦΟΣΣ PRESENT POOLBAR// FESTIVAL



10.7. — 15.8.15
Altes Hallenbad,
Feldkirch
poolbar.at

Kulturelles von
Nischen bis Pop

Colour Haze
Jack Garratt
Jaguar Skills
Käptn Peng &
Die Tentakel von Delphi
Wanda
James Hersey
Pusha T
Darwin Deez
William Fitzsimmons
Olympique
Dillon
Poetry Slam
Dorian Concept
Cid Rim
Wandl
Etienne de Crecy
maschek
King Khan & The Shrines
Patrice
Tagebuchslam
Charlie Winston
The Menzingers
Kele (live/Bloc Party)
u.v.a.

Neu: Jeden Samstag, 19.30:
Freibad! Akustische Open Air
Konzerte bei freiem Eintritt.

Danke für die Förderung: Feldkirch, Vorarlberg,
Bundeskantleramt.Kunst&Kultur, AKM



VOKSBANK
VORARLBERG



FILMFORUM
FELDKIRCH



ZARTORTEL



prototypen



Integra
Vorarlberg



Carla



goby

V&A AT

thegap

DER STANDARD

naisey

f&M

#gegenunrecht



Gegen Unrecht: Stoppen
wir das Massensterben
im Mittelmeer!

Jetzt unterzeichnen:
www.gegen-unrecht.at

FAQ

fashion | design | music | film | art | culture



N°32

May/June 2016
€ 5,00

FILM *Mad Max: Fury Road*
MUSIC *Prinz Ferdinand & Sparks*
DESIGN *Alexander McQueen*
FILM *Rainer Werner Fassbinder*

ART *Kader Attia*
SUBCULTURE *Burlesque*
FILM *Child 44*
FASHION *Isabella Blow*

www.faq-magazine.com

FLÜCHTLINGSKRISE

Sichere Einreise für 500.000

Eine solidarische Europäische Union sollte 500.000 Flüchtlingen pro Jahr die legale und sichere Einreise ermöglichen. Selbst Australien lässt proportional mehr Leute ins Land.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Ende April schreckte die Kronzeitung ihre LeserInnen mit der Titelschlagzeile „Trotz Flüchtlings-Tragödien auf dem Mittelmeer: 500.000 wollen heuer in die EU“ auf. Was die Krone nicht thematisierte: Es geht nicht um die Aufnahme so vieler Menschen in einen Kleinstaat, sondern in einen Raum, der mehr als 500 Millionen Menschen umfasst.

500.000 zusätzliche Menschen würden für den EU-Raum einen Bevölkerungszuwachs von weniger als 0,1 Prozent bedeuten. Auf eine Million EinwohnerInnen kämen Tausend neue hinzu. Bei einer gleichmäßigen Verteilung würde das für Österreich bedeuten, dass 8.900 Menschen pro Jahr ins Land kämen.

Im Jahr 2014 suchten 28.000 Personen Asyl in Österreich, Anfang der 2000er Jahre waren es fast 40.000. Und zu Zeiten des Bosnienkriegs kamen 90.000 Menschen.

Entlastung

In die EU flüchteten 2014 insgesamt mehr als 600.000 Menschen auf der Suche nach Schutz, also deutlich mehr als 500.000. Das Problem dabei ist aber, dass 95 Prozent dieser Menschen nicht auf legalem Weg nach Europa kommen konnten. Ein Gedankenexperiment: Was würde nun passieren, wenn die EU sich von ihrer bisherigen Abwehrpolitik mit einer Flüchtlings-Zielgröße von nahezu Null verabschieden würde? Wel-

che Folgen hätte es, wenn man ein Kontingent von 500.000 Flüchtlingen pro Jahr festlegen würde, denen man die legale und sichere Einreise nach Europa erlaubt?

Ein solches Kontingent würde zuallererst bedeuten, dass viele Menschen, die in Europa Schutz und Lebensperspektiven finden wollen, nicht mehr auf Schlepper angewiesen wären. Sie müssten nicht mehr hohe Geldbeträge zahlen und ihr Leben riskieren, um europäischen Boden betreten zu können. Legale Einreise würde auch bedeuten, dass die Ankunft der Menschen wesentlich organisierter ablaufen könnte. Nicht zuletzt würden gezielte Flüchtlingskontingente eine Entlastung für vollkommen überforderte Länder wie etwa den Libanon bedeuten, ein Land, das, obwohl flächenmäßig kleiner als Tirol, zurzeit mehr als 1 Million syrische Flüchtlinge beherbergt.

EU-weite Anträge

Keine Frage, auch mit einer koordinierten Flüchtlingspolitik würde es weiterhin Menschen geben, die bereit wären, Schlepper zu bezahlen und ihr Leben zu riskieren, um einer Notsituation zu entfliehen, aber weit weniger als heute.

Was bräuchte es, damit die koordinierte Aufnahme von 500.000 Menschen pro Jahr funktioniert? Erstens: ein gemeinsames europäisches Antragsverfahren, das es ermöglicht, dass Menschen bereits außerhalb der

EU einen Asylantrag stellen können. Zweitens: Es bräuchte einen solidarischen Aufnahme- und Finanzierungsschlüssel. Das heißt, Staaten, die, gemessen an ihrer EinwohnerInnenzahl, Wirtschaftskraft und sozialen Situation überproportional viele Schutzsuchende aufnehmen, sollten aus einem EU-Topf Ausgleichszahlungen erhalten.

Diese Ausgleichszahlungen sind wichtig, denn die Aufnahme von Schutzsuchenden ist nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, der Solidarität und der globalen Stabilität, sondern auch eine große Herausforderung. Deren Bewältigung bedarf entsprechender Mittel und Strukturen, aber auch der Abkehr von der in Österreich praktizierten Desintegrationspolitik. Es braucht von Anfang an Maßnahmen und Programme, die es Schutzsuchenden rasch ermöglichen, Fuß zu fassen.

Übrigens: Das derzeit wegen seiner brutalen „No Way“-Kampagne von AsylgegnerInnen gerne als Vorbild genannte Australien ermöglicht pro Jahr 190.000 Menschen die legale Einreise, darunter auch vielen Flüchtlingen. Australien hat 23 Millionen EinwohnerInnen. Umgerechnet auf die mehr als 20 Mal so große Bevölkerungszahl der EU würde der australische Weg bedeuten, dass die EU jedes Jahr nicht nur 500.000, sondern mehr als 4 Millionen Menschen die Einreise ermöglichen würde.



Paddeltour auf der Moraca in Montenegro, ein Fluss wie er sein sollte: wild, mäandernd, breit, nicht reguliert.

EIN MENSCHENRECHT AUF NATUR

Das existenzielle Thema für die nächsten Generationen ist die Zerstörung der Natur. Seit 2012 gibt es ein UN-Mandat für Menschenrechte und Umweltschutz, aber ökonomische Interessen und paradoxerweise auch der Klimaschutz erweisen sich als Hindernisse.

Text: Eva Maria Bachinger



Wald im Kremstal: Naturwaldreservate schützen die letzten Urwaldreste und naturnahe Wälder in Österreich. Wie lange noch?

Belá (Name geändert) setzt den Vollvisierhelm auf und steigt aufs Gas. Mit seiner Enduro fährt er über Stock und Stein durch den Wald. Er folgt dem Kreischen der Motorsägen und dem Krachen fallender Bäume. Weil die Ranger des Semic-Nationalparks Augen und Ohren verschließen, fotografiert er jeden illegalen Kahlschlag und überträgt die GPS-Daten auf eine digitale Karte. Abgeholt wird knapp an der Grenze und innerhalb des Parks. Als uns Belá zu einer Lichtung führt, geben die Stümpfe eine Ahnung davon, wie groß die Bäume hier einmal waren. „Zu viele haben nur Motorsägen und Geld im Kopf“, sagt er. Vom höchsten Punkt des Nationalparks im Südwesten Rumäniens sieht man bis zum Horizont nur Wald: hellgrün, dicht und wild. Zwei Adler steigen gerade auf und lassen sich wieder fallen. Es ist ein Wald, wie man ihn nur noch selten zu Gesicht bekommt: Seit 6.000 Jahren stehen auf diesem Fleck Erde Bäume, manche von ihnen sind etwa 500 Jahre alt. Ein Hoffnungsschimmer ist, dass ein Teil dieses letzten Buchenurwaldes der EU demnächst von der UNESCO zum WeltNaturerbe er-

klärt wird. Das ist dringend nötig, denn in Rumäniens Wäldern herrscht Goldgräberstimmung. Laut Satellitenauswertungen wurden in den Jahren 2000 bis 2011 rund 280.000 Hektar Wald kahl geschlagen oder stark dezimiert.

Jahrelange Kampagnenarbeit

Der Naturschützer Matthias Schickhofer ist durch Europa gereist und hat Urwaldreste für einen Bildband, der im Herbst im Brandstätter-Verlag erscheint, fotografiert. „Ich will den Zauber dieser Wälder vermitteln, dass es diese Schätze noch gibt, auf die man ganz besonders aufpassen muss.“ In einem Urwald ist der volle Lebenskreislauf im Gange: Bäume in allen Alterstufen, alte, die absterben und umfallen, liegen bleiben, daneben gedeiht neues Leben. Gefährdete Käferarten, Fledermäuse, Nattern, unzählige Vogelarten, sowie die großen Jäger Bär, Wolf und Luchs sind hier zuhause. Laut Greenpeace gibt es nur noch auf 6,4 Prozent der Fläche Europas intakte Wälder. Erstaunlich ist, dass bloß 15 Prozent der Urwälder streng geschützt sind. Der Rest ist letztlich Freiwild. Um acht der letzten Ur-

wälder Finnlands unter Schutz zu stellen, brauchte es jahrelange Kampagnenarbeit und wochenlange harte Verhandlungen, berichtet Schickhofer. „Kinder sind die Zukunft“, heißt es in Sonntagsreden. Doch das existenzielle Zukunftsthema für die nächsten Generationen wird zwar viel beredet, aber nach wie vor halbherzig bekämpft: die Zerstörung der Natur. Resignierend heißt es im Bericht „2025“ des Club of Rome: „Erziehen Sie Ihre Kinder nicht zu Naturliebhabern. Wenn Sie Ihrem Kind beibringen, die Einsamkeit der unberührten Wildnis zu lieben, so wird es etwas lieben, das es immer seltener geben wird. Sie erhöhen dadurch die Chance, dass Ihr Kind unglücklich wird.“ Trotzdem haben die ExpertInnen offenbar noch Hoffnung. Bei der Präsentation ihres Berichts appellierten sie, es nicht so weit kommen zu lassen.

Menschenrecht auf sauberes Wasser

„Wir haben eine moralische Pflicht, Naturlandschaften für die nächsten Generationen zu erhalten“, betont Gerhard Heilingbrunner, der 21 Jahre lang Präsident des Umweltdachverbandes war. Ein „Recht auf

intakte Natur“ für alle Menschen lässt sich von der Menschenrechtsdeklaration nicht direkt ableiten. Doch Naturschutz ist die Basis für existenzielle Menschenrechte wie Recht auf Leben, auf Gesundheit. Dass der Zusammenhang zwischen Human Rights und Umweltfragen zunehmend ernst genommen wird, sieht man auch daran, dass es seit März 2012 ein UN-Mandat für Menschenrechte und Umweltschutz gibt. Erst im März 2015 wurde es durch einen „Sonderberichterstatler“ aufgewertet. Der US-amerikanische Jurist John Knox untersucht fortan die menschenrechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Naturschutz und mahnt sie ein. 2010 hat die UNO auch das Recht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser als Menschenrecht festgeschrieben. Das Thema wird zudem dadurch brisanter, dass unter den 50 Millionen Flüchtlingen jener Anteil von Betroffenen steigt, die aufgrund des Klimawandels ihre Lebensgrundlagen verloren haben. Mehrere Staaten haben zudem das Recht auf eine gesunde Umwelt bereits verfassungsrechtlich verankert, wie etwa Bolivien. „Es ging bisher immer um das Recht des Menschen auf Leben, wir wollen aber menschliches Leben in Beziehung zu anderen Lebensformen sehen“, erklärt der Politologe Oscar Vega Camacho, ein Unterstützer der neuen Verfassung. Seit 2009 gilt in der EU die Grundrechte-Charta. Unter Artikel 37 ist festgehalten: „Ein hohes Umweltschutzniveau und die Verbesserung der Umweltqualität müssen in die Politiken der Union einbezogen und nach dem Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung sichergestellt werden.“ Dieser Grundsatz hat Verfassungsrang. Für Gerhard Heilingbrunner ist der Artikel eine entscheidende Hilfe für Bürgerinitiativen und NGOs. „Denn so kann gegen eine Verordnung eines Minis-



Gerhard Heilingbrunner, viele Jahre als Chef des Umweltdachverbandes aktiv.

ters, die etwa eine Aufweichung von Emissions-Grenzwerten vorsieht, geklagt werden.“ Der Verfassungsgerichtshof hat auch eine Beschwerde von Heilingbrunner angenommen, worin er beanstandet, dass NGOs bei naturschutzrechtlichen Verfahren bisher keine Parteistellung hätten.

NATUR: OFT NICHT MEHR NUR BÜRGERRECHT, SONDERN MENSCHENRECHT.

Auch bei der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) geht es nicht mehr allein um ein Bürgerrecht, sondern auch um Menschenrechte, betont der Anwalt Wolfram Proksch. In der EU-Richtlinie zur UVP heißt es, dass nicht nur die Folgen eines Vorhabens auf die Natur zu prüfen seien, sondern auch die auf den Menschen. Er vertritt Anrainer beim Flughafen Wien, die be-

fürchten, dass durch den Bau einer dritten Piste ihre Lebensqualität noch mehr leiden wird, da Fluglärm und Treibstoffrückstände die Gesundheit der betroffenen BürgerInnen massiv gefährden. Durch zahlreiche Studien sei erwiesen, dass Fluglärm und Luftverschmutzung zu gesundheitlichen Problemen führen. Der Zubau am Flughafen wurde ohne UVP errichtet, obwohl das nötig gewesen sei, so Proksch. Bei der dritten Piste sei eine mangelhafte UVP durchgeführt worden. Derzeit wird am Bundesverwaltungsgericht über die Beschwerde der AnrainerInnen gegen den Bescheid 1. Instanz verhandelt. Notfalls werde man bis zum Höchstgericht gehen, so der Jurist.

Ein Wolf im Böhmerwald

Der Kampf für Naturschutz ist oft eng verzahnt mit grundlegenden Menschenrechten. Ein Beispiel ist der Mega-Staudamm in Belo Monte, Brasilien. Betroffen sind 20.000 Indigene und ihr Lebensraum. Oder der Ilisu-Staudamm in der Türkei: Das Zweistromland im Irak trocknet seit mehr als zehn Jahren aus, durch die Staumauer möglicherweise noch mehr, befürchten ExpertInnen. Tausende Menschen sind betroffen. Der Widerstand gegen diese beiden Großprojekte ist groß, immer wieder kam es zu Baustopps. Doch bisher konnten sie nicht gänzlich aufgehalten werden wie in Chile: In der patagonischen Naturidylle wären fünf Staudämme errichtet worden, die Regierung hat 2014 das Projekt nach massiven Protesten ad acta gelegt. Österreich galt im Vergleich zu anderen Staaten lange als Umweltmusterland. Doch diesen Status habe man mittlerweile verloren, sagt Heilingbrunner. Zuwenig wird für Umweltschutz getan, eine internationale Studie bescheinigte Österreichs Naturräumen zuletzt keinen guten

Im Semenik-Nationalpark, wo sich der letzte große Buchenurwald der EU befindet, wird illegal geschlägert.





Kayapo Indios am Rio Xingu: Sie verlieren ihre Heimat wegen des Baus des Belo Monte Staudamms. Stills aus der Doku „Climate Crimes“



In den mesopotamischen Sümpfen im Irak: Tausende sind von möglicher Austrocknung durch den Illisu-Staudamm in der Türkei betroffen.

Zustand. Unter diesen Umständen war ein einsamer Wolf, der im oberösterreichischen Böhmerwald in die Fotofalle lief, bereits eine Sensation. Das Ötscherland hat den Braunbären zwar noch als Werbe-Ikone im Einsatz, doch real lebt dort kein einziger der wieder angesiedelten Bären mehr. Auch das Luchs-Projekt in den Kalkalpen erfährt einen herben Rückschlag, ein mysteriöser Schwund an Männchen gefährdet das gesamte Projekt. Zuletzt wurde ein toter Luchs in der Tiefkühltruhe eines Tierpräparators gefunden. Hauptproblem ist aber die fortschreitende Zersiedelung der Landschaft und Versiegelung des Bodens durch neue Eigenheime, Straßen und Einkaufszentren. Der einzige Urwald, den es im gesamten Alpenbogen noch gibt, ist der 400 Hektar große Rothwald in Niederösterreich. Einzelne Waldstücke dürfen in Österreich seit 20 Jahren immerhin in rund 200 Naturwaldreservaten verwildern. Das klingt nicht schlecht, tatsächlich befinden sich heute aber weniger als ein halbes Prozent der Wälder in einem Naturzustand, rund drei Prozent unterliegen mehr oder weniger starken Einschränkungen und 97 Prozent sind Wirtschaftswald. Und die 200 Naturreservate sind vielfach klein, auf eine Fläche von nur 20 Hektar beschränkt. Den Bund kostet die Abgeltung an die Waldbesitzer dafür etwa eine Million Euro pro Jahr – Peanuts im Vergleich zu anderen Ausgaben. Trotzdem ist das Naturreservate-Projekt gefährdet, warnt Michael Johann von den Grünen Bauern. Das Landwirtschaftsressort plant dessen Finanzierung in das EU-Budget „Ländliche Entwicklung“ zum Teil auszulagern. „Da einzelne Waldbesitzer nicht umsteigen können, wie etwa die Bundesforste oder die Stadt Wien, droht ein Auseinanderfallen eines bisher einheitlichen Programms mit einem Ansprechpartner in Wien“, kritisiert Johann. Er befürchtet, dass

durch die aufwändigeren EU-Förderanträge viele private Waldbesitzer aussteigen und dann die bisher geschützten Wälder nutzen werden. Anders sieht das Gerhard Mannsberger, der zuständige Sektionschef im Landwirtschaftsministerium. Er geht davon aus, dass durch die Auslagerung sogar 20 bis 30 Prozent mehr Gelder zur Verfügung stehen werden. Damit könnten, so Mannsberger, die derzeit insgesamt 8.600 Hektar

ENERGIEWENDE: AUCH AUF KOSTEN DER NATUR?

umfassenden Reservate auf 10.000 Hektar erweitert werden. Wie schwer Naturschutz gegen wirtschaftliche Interessen durchsetzbar ist, zeigt eine Aussage in einer PR-Beilage der Holzfirma Schweighofer, Marktführer in Rumänien: „Den Erschwernissen bei der Waldbewirtschaftung oder gar bei der Außer-Nutzung-Stellung von wertvollen Wirtschaftswaldflächen ist entgegenzuwirken. Denn nur ein genutzter Wald ist ein geschützter Wald.“

Ein zu hütender Schatz sind in der Alpenregion auch natürliche Flusslandschaften: Nur noch elf Prozent der Flüsse sind laut einer Boku-Studie in ökologisch intaktem Zustand. Die Soca in Slowenien, der Tagliamento in Italien oder Lech und Isel in Österreich müssten eigentlich unter strengen Schutz gestellt werden. Obwohl der Großteil der Flüsse in Österreich reguliert und gestaut ist, sollen sich aber laut WWF-Experten Christoph Waldner etwa 120 größere und kleinere Kraftwerksprojekte im Genehmigungsverfahren befinden. Im Namen des Klimaschutzes hat sich das Image von Wasserkraft gewandelt, der Naturschutz ist in den Hintergrund gerückt. Der Verbund

forciert mit Hilfe der Kampagne „Danke, Wasserkraft“ die Imagekorrektur, auch die Satiriker Dirk Stermann und Christoph Grissemann stellten sich dafür zur Verfügung. Für Aufsehen hat der Plan der Tiroler Landesregierung gesorgt, in dem sich ÖVP und Grüne klar zu Kraftwerksbauten bekannt haben. Der Widerstand dagegen ist groß und rief auch die Grande Dame der Grünen, Freda Meissner-Blau, auf den Plan. Sie kritisierte ihre ParteikollegInnen öffentlich. Kein Wunder: Sie hat vor 30 Jahren um den Erhalt der Hainburger Au gekämpft, die Identität der Grünen Partei ist auch darin begründet. Eine besondere Pointe ist heute, dass der Salzburger Grüne Stadtrat Johann Padutsch eine Turbine an der Salzach nach ihm benennen ließ. Auf die Frage, ob Naturschutz durch die Grünen in Oberösterreich nun wichtiger sei, lacht ein Betreuer eines Schutzgebietes nur abgeklärt und meint: „Die Grünen sind eher kontraproduktiv. Energiewende über alles.“ Der Einfluss der Ökonomie ist enorm, alle Lebensbereiche werden wirtschaftlichen Prinzipien untergeordnet und weniger ethischen Normen. Eine traurige Kapitulation vor diesem Trend ist der Versuch, sogar den Wert von Natur zu beziffern: „Der Wert aller Ökosysteme weltweit beträgt heute bis zu 145.000 Milliarden US-Dollar. Wenn wir sie zerstören, schaden wir uns damit selbst“, warnt Barbara Tauscher vom WWF. Dass ein Adler, ein Wald, ein Fluss einen Wert an sich haben, dass sie nur wegen ihrer schlichten Schönheit und Unwiederbringlichkeit zu bewahren sind, ohne dass wir einen monetären Nutzen davon haben, gerät dabei in Vergessenheit. Dass wir uns existenziell schaden und Menschenrechte nicht einhaltbar sind, wenn wir natürliche Grundlagen zerstören – zumindest das sollte klar sein.

GERINGE GESUNDHEITS- ERWARTUNG

Österreich hat eine hohe Lebenserwartung. Angehörige ärmerer Schichten leben aber durchschnittlich 8 Jahre kürzer als Bessergestellte. Der Kinderfacharzt Klaus Vavrik über frühe Ursachen und eine hohe soziale Rendite.

Interview: Gunnar Landsgesell

Fotos: Karin Wasner

Im ersten Bezirk leben Menschen acht Jahre länger als in einem der ärmeren Bezirke am Gürtel. Wie ist so eine unterschiedliche Lebenserwartung innerhalb einer Stadt wie Wien zu erklären?

Die Zahl hat Martin Schenk von der Armutskonferenz vorgebracht. Die Erklärung liegt im deutlichen sozialen Gefälle in Österreich. 130.000 Kinder leben in Armut, 240.000 sind armutsgefährdet. Dass wir zugleich eine sehr hohe Lebenserwartung mit knapp über 80 Jahren haben, spricht in erster Linie für die aufwändige, technische Medizin, die das Leben verlängert. Unsere Gesundheitserwartung ist aber gering, die liegt bei etwa 60 Jahren. Da überholen uns 13 andere Länder in Europa, wo man zwar kürzer lebt, dafür aber mehr gesunde Lebensjahre verbringt. Die Gesundheitserwartung wird hauptsächlich vom gesunden Lebensstil, von der Prävention, von der Gesundheitsförderung bestimmt. Österreich wendet dafür nur etwa 2,3 Prozent des BIP der Gesundheitsausgaben auf, international sind es 5 bis 6 Prozent aufwärts. Das be-

trifft vor allem Kinder- und Jugendgesundheit. Alles was in der Kindheit an Kumulationsfaktoren für Krankheit mitgenommen wird, kann man später oft gar nicht mehr gut machen. Daraus erklären sich die acht Jahre Differenz an Lebenserwartung.

HOCHKALORISCHE KOST: IN EINKOMMENSCHWACHEN SCHICHTEN EIN TROTSTGEBER.

Von welchen Krankheitsbildern sprechen wir?

Gut dokumentiert sind Herz-Kreislaufkrankungen, die oftmals zum Tod führen. Sie sind das Ergebnis von Übergewicht, Stress, Diabetes. Wir wissen, dass Feinstaubbelastung und Asthma eine Rolle spielen. Menschen, die an Ausfallstraßen in billigen Wohnungen wohnen, sind davon besonders betroffen. Auch die Adipositas nimmt zu. Früher war ein molliger Mensch Ausdruck von Wohlstand, heute ist Übergewicht übermäßig in sozial schwachen Schichten

verteilt. Auch das ist ein wichtiger Prädiktor für frühere Sterberaten. Es geht vor allem um Lebensstil-Probleme wie Ernährung, körperliche Bewegung, Alkohol und Nikotin. Diese Dinge sind ganz stark an Lebenszufriedenheit gekoppelt. Auch eine Befragung von 11-, 13- und 15-jährigen Schulkindern (für die HBSC-Studie, (Health and Behaviour in School Children) zeigte das: die Raucherraten von Jugendlichen in Österreich bewegen sich parallel zur Zufriedenheit in der Schule. Die, die sich von den Lehrern unterstützt fühlen und ihre Leistungen bringen können, haben deutlich niedrigere Raucherraten. Rauchen ist ein Ventil für Stressabbau, kein Genussmittel, eine Hilfe zur Selbstberuhigung und Mutmacher, zum Dazugehören in der Peer-Group.

Würden Sie sagen, dass Kinder aus ärmeren Schichten stärker gestresst sind?

Ja, es gibt Belastungen durch dissonante Familienverhältnisse, Existenzangst, Arbeitslosigkeit, etc. Man kennt aber ein System dagegen, das nennt sich „Early Interven-



ZUR PERSON

Dr. Klaus Vavrik, 1961 in Wien geboren, ist ärztlicher Leiter des Sozialpädiatrischen Ambulatoriums Fernkorn gasse im 10. Wiener Bezirk. Er arbeitet als Kinder- und Jugendarzt, KJ-Psychiater und Psychotherapeut. Vavrik ist zudem Präsident der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. www.kinderliga.at



Vavrik: Österreich ist bei Hi-Tech-Medizin in der Weltspitze, bei Gesundheitsförderung nicht.

tions, also ‚Frühe Hilfen‘, um schon bei der Geburt und im Kleinkinderalter belastete Familien zu unterstützen. In Deutschland gibt es eine Best Practice Stadt, Dormagen, dort hat man mittlerweile die geringsten Jugendwohlfahrtskosten in ganz NRW. Der social return of investment beträgt 1:18, weil man sich sehr viel spätere Betreuungskosten spart. So eine sichere, hohe Rendite finden Sie bei keiner Aktie. Dort wo Frühe Hilfen funktionieren, verzeichnet man die Hälfte der Kriminalitätsrate bei 19-Jährigen, die Hälfte an Kindesmissbrauch, es gibt deutlich weniger Fremdunterbringungen – der volkswirtschaftliche Wert ist enorm. Frau Meier-Gräve hat das einmal mit Lebenslauf szenarien untersucht und errechnet, dass es der Gesellschaft 400.000 bis 1 Mio. Euro pro Fall bringt, wenn man Kindern frühzeitig hilft.

Auf welche Weise interveniert man bei den ‚Frühen Hilfen‘?

Wesentlich ist, dass jemand vertrauensvoll zu den Familien kommt und nicht als Kontrolle durch das Jugendamt wahrgenommen wird. Da fühlen sich die Leute eher entwertet. Die Idee wäre, dass das ein Standard wird und bei jeder Geburt ein Baby-Willkommens-Besuch stattfindet. In Dänemark macht man das schon lange, da erhielt auch die Königin Besuch nach ihrer Geburt. Wenn alles gut läuft, hinterlässt man bloß die Visitenkarte, bei Schwierigkeiten kann man gleich für die nächste Woche den nächsten Termin vereinbaren. In Vorarlberg funktioniert das seit fünf Jahren flächendeckend, das nennt sich dort ‚Netzwerk Familie‘. Die Bilanzen sind wunderbar, auch wir als Liga für Kindergesundheit haben mit

fünf Bundesländern vor eineinhalb Jahren Modellprojekte gestartet, und zwar in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark. Diese Modellprojekte sind noch relativ klein dimensioniert, aber es geht um die ersten Erfahrungen für die Länder, in der Hoffnung, dass es später zu einer flächendeckenden Regelversorgung kommen wird.

**FRÜHE HILFEN:
IN DÄNEMARK, DEUTSCHLAND
UND VORARLBERG
BEREITS BEWÄHRT**

Verzeichnen Sie Unterschiede zwischen Wien und der ländlichen Region?

Der Start war sehr unterschiedlich in den einzelnen Ländern, wir haben schon zwischen städtischen und ländlichen Regionen unterschieden. Für eine Evaluation über die teilnehmenden Familien ist der Zeitraum aber noch zu kurz. In Wien läuft das Projekt sehr gut, und zwar rund um das Wilhelminenspital im 15., 16. und 17. Bezirk, wo viele einkommensschwache, auch zugewanderte Familien wohnen.

Ist mangelnde Gesundheit primär eine Frage des Geldes?

Einerseits schon, dort, wo es fehlende Therapieplätze gibt. Wir haben in Österreich etwa 80.000 bis 100.000 fehlende Plätze für Physio-, Ergo-, Logo- und Psychotherapie.

In den Ambulatorien gibt es teilweise bis zu eineinhalb Jahren Wartezeit, das ist verrückt bei einem vielleicht gerade akuten Problem. Die Betroffenen können dann nur auf den Privatmarkt ausweichen zu niedergelassenen Therapeuten, die nicht auf Krankenschein arbeiten. Das kann sich nur leisten, wer auch das Geld dafür hat. Keine Frage des Geldes, sondern ein riesiges Missverhältnis haben wir in anderen Bereichen, etwa bei den 7.700 Rehabilitations-Plätzen, die es für Erwachsene gibt. Für Kinder und Jugendliche haben wir zwischen 35 und 40, obwohl junge Menschen 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Wir bräuchten da eigene Zentren für Kinder. In der Hi-Tech-Medizin ist Österreich durchaus noch in der Weltspitze dabei, aber überall dort, wo es um Versorgung von chronischen Erkrankungen geht, um Gesundheitsförderung, um gesunde Lebensentwicklung, sind wir deutlich schlechter unterwegs.

Ihre Vermutung, warum das so ist?

Weil das schwerer zu „verkaufen“ ist. Vorsorge bietet kein spektakuläres Highlight, das man durch die Medien schicken kann. Kinder mit psychischen Problemen zu betreuen, ist eine mühsame Arbeit, für die es Menschen braucht. Da profitiert auch keine Industrie daran. Österreich hinkt diesbezüglich hinterher: In Deutschland gibt es die ‚Frühen Hilfen‘ seit 12 bis 13 Jahren, dort wurde ein großes nationales Zentrum eingerichtet, das die Projekte bundesweit koordiniert. Kindertherapien gibt es ohne jeden Selbstbehalt, das müsste in Österreich auch so laufen. Denn wir erleben die grundsätzlichen Veränderungen der Krankheitsbilder in allen Industrienationen, auch bei uns. Das Programm hätten wir etwa mit dem Budget für die kostenlose Zahnspange ausfinanzieren können – das wäre natürlich eine längerfristige Investition.

Wie erleben Sie die Problematik in Ihrer täglichen Arbeit?

Hochschwierig, weil ich eine Ambulanz im 10. Bezirk leite, wo wir den Patienten sagen müssen, dass wir leider eineinhalb Jahre Wartezeit auf Psycho- oder Ergotherapie haben. Das Kind ist aber 4 oder 5 Jahre alt und sollte vor der Schule noch die Therapie bekommen. Ich muss sie dann auf den freien Markt schicken, weiß aber, dass viele das finanziell nicht schaffen. Wir versuchen über

den Kinderhilfsfonds, den wir gegründet haben, Überbrückungen zu schaffen, um doch noch einen kostenfreien Platz zu ermöglichen. Ich erlebe Familien, wie kürzlich wieder, wo von der Sozialversicherung ein Pflichtzuschuss für eine A-Schiene in der Höhe von 470 Euro bewilligt wird, das ganze medizinische Hilfsmittel aber 5.500 Euro kostet. Wo der Rest herkommt, ist die große Frage. Man kann vom Bundessozialamt bis zum Unterstützungsfonds der Krankenkasse Briefe schreiben, und vielleicht die Hälfte der Kosten abdecken. Findet man zusätzlich noch private Sponsoren, werden diese prozentuell von den offiziellen Förderungen wieder abgezogen. Am Ende ist das Kind ein halbes Jahr älter und das ganze Produkt passt nicht mehr. Ich beschreibe hier den oft ganz normalen Regelverlauf, nicht den komplizierten. Deshalb fordern wir einen One Stop Shop, wo Eltern sich an eine Stelle wenden, die alle administrativen Wege erledigt. Und zweitens brauchen wir eine Vollfinanzierung für Kinder- und Jugendgesundheit auch für sozial schwache Familien. Das muss in Österreich leistbar sein, ansonsten nimmt man einen schlechteren Outcome dieser Kinder im späteren Leben in Kauf.

Zum Aspekt des Bewusstseins bei Ernährungsfragen: Ist es Konsens, dass Übergewicht ein schichtspezifisches Phänomen ist?

Das wäre mir zu scharf formuliert, weil es auch übergewichtige Kinder von Besserverdienern gibt. Aber es stimmt, es gibt schichtmäßig eine Gewichtung. Vor allem lassen sich beim Bewusstsein und beim Wissen tatsächlich Schichtunterschiede feststellen. In der Bildungsgesellschaft greift man schneller zum Ratgeber und hat ein ‚schlechtes Gewissen‘, dass man bestimmte Dinge noch nicht geändert hat. Bei sozial Schwächeren gibt es immer wieder ein großes Unwissen. Beratung bringt da oft auch erfolgreiche Ergebnisse. Grundsätzlich ist Adipositas sehr oft aber auch ein Ausdruck von wenig innerer Balance, weil Essen eine Art der Befriedigungsmöglichkeit ist. Wenn es nicht mehr um Sättigung und Genuss geht, sondern man über das Maß hinaus isst, dann geht es auch um Ersatzbefriedigung anderer Bedürfnisse. Aber grundsätzlich zieht sich die Adipositas durch alle Bevölkerungsschichten. Die Kosten, die auf uns zukommen, sind so enorm, dass sie in



In der Schule wundert man sich später über „schwierige“ Kinder.

20, 30 Jahren vom Gesundheitswesen nicht mehr gestemmt werden können. Deshalb wäre der frühe Ansatz zur Gesundheitskompetenz so wichtig.

Sollte man nicht auch die Nahrungsmittelindustrie in die Pflicht nehmen?

Ja. Die Industrie ködert uns zunehmend mit hochkalorischer, überall und leicht verfüg-

WIR BRAUCHEN VOLL-FINANZIERUNG FÜR KINDERGESUNDHEIT. AUCH FÜR SOZIAL SCHWACHE FAMILIEN.

barer Kost. Sie signalisiert, man braucht nichts mehr zu kochen, das fertige Menü um 4,50 Euro wartet im Supermarkt. Drastischer formuliert: Es hat weltweit keinen Diabetes gegeben, solange es keinen raffinierten Zucker gab. Es geht hier also einerseits um Armut und ungesunden Lebensstil, um psychische Balance und ein gesundes Selbstwertgefühl und zugleich um die industrielle Verführung, die viel beiträgt: die gesüßten Tees, die kein Baby braucht, die Alkopops für Jugendliche. Das, was man uns täglich industriell auf allen Ebenen zuführt, sollte einen Standard haben, der nicht auf Kosten der Gesundheit geht.

Gelingt es Kindern später, ihre Ernährungsgewohnheiten zu ändern?

Jetzt werde ich Sie sicher frustrieren, aber die Realität sagt: leider kaum. Die Adipositas-Lager bei 15-Jährigen zeigen, dass nahezu alle der Jugendlichen ein Jahr später dasselbe Gewicht haben wie ein Jahr zuvor. Mittlerweile wissen wir aus der Forschung, dass die Ernährungspräferenzen bereits intrauterin angelegt werden. Entscheidend ist also nicht, was die Mama kocht, sondern was sie während der Schwangerschaft gegessen hat. Darauf springen unsere Endorphine später an, darüber wird „Vertrauen“ hergestellt. Und auch die ersten 1.000 Tage sind sehr prägend. Was danach an Veränderungen möglich ist, braucht ein explizites Bewusstsein und funktioniert nur über Vernunftskonzepte. Das ist mit hohem Aufwand und Willen verbunden.

Die Medien sind voll von Gesundheitsthemen. Wie erklären Sie sich die Problematik, die Sie beschreiben?

Medien stürzen sich auf Themen, die gerade hip sind, die Absatz versprechen. Von all den Tipps und Tricks der Medien wird selten ein neuer Lebensstil kreiert, dem steht die Realität wesentlich wirkmächtiger gegenüber: 50 bis 60 Prozent Scheidungsraten; 1,3 Kinder pro Frau bedeuten, dass es nur mehr wenige Familien gibt, wo es zu Geschwistererfahrungen kommt, wo sich auch eine gewisse Gelassenheit beim 2. oder 3. Kind einstellt. Auch die Krippensituation ist nicht optimal: International empfohlen wird eine Betreuerin für maximal 3 Kinder. Wir haben in Wien 16 bis 18 Kinder mit 2 Betreuerinnen. Wenn man sich eine Mama mit 8 Zweijährigen vorstellt, die frühkindlichen Stress regulieren soll, trösten soll, gemeinsam etwas machen - das ist unmöglich. In der Schule wundert man sich dann später über „schwierige“ Kinder. Wir haben über 30 Prozent Erwachsene, z.B. auch Schwangere, die rauchen. Dass wir 30 Prozent Jugendliche haben, die rauchen, ist einfach ein Abbild der Gesellschaft. Die Politik ist deshalb gefordert, stärker auf Bewusstseinsbildung zu setzen, deutlich mehr Präventions- und Gesundheitsförderung zu initiieren und kostenfreie Versorgung für Kinder zu garantieren. Wir brauchen in der Allgemeinversorgung und in den Schulen interdisziplinäre Gesundheitskompetenzzentren, wir müssen die Botschaften dorthin bringen, wo die Menschen sind.

DAS LANGE WARTEN

„Friedhof der Flüchtlinge“, so nennen syrische Flüchtlinge Oberösterreich untereinander. Auch in der kleinen Gemeinde Waldzell im Innkreis warten 24 Männer aus Syrien seit Mitte September 2014 auf ihren Bescheid. Ein Stimmungsbericht.

Reportage und Fotos: Nermin Ismail

Waldzell, eine kleine Gemeinde im Bezirk Ried im Innkreis in Oberösterreich. Der Ort ist das, was man verschlafen nennt. Am Dorfplatz thront eine Statue von Andreas Goldberger, einem österreichischen Skispringer. Man ist stolz auf den Waldzeller. Daneben gibt es noch einen Supermarkt, eine gotische Kirche, eine Schule und zwei Wirtshäuser. Mitten im Ort, gegenüber dem Hauptplatz, liegt der stattliche Georgshof. Zuletzt blieben die TouristInnen aus, das Hotel meldete Konkurs an. Seit vergangenem September ist im Georgshof eine Gruppe syrischer Kriegsflüchtlinge untergebracht. Im Speisesaal harren sieben oder acht von ihnen der Dinge. Ihr Bedarf an Gesprächen ist erschöpft, erst unlängst hatte ihnen wieder ein Aktivist Hoffnungen gemacht, dass sich etwas für sie zum Positiven wenden würde. Zu lange warten sie schon, darauf, dass sie ihre Familie nachholen können, auf Beschäftigung, auf Perspektive. Faris (Name geändert, Anm.) ist einer von ihnen. In Syrien war er Zahnarzt, nun ist er Flüchtling. Kaum ein Tag, an dem nicht seine Fami-

lie aus dem verwüsteten Kriegsland anruft, wann er sie retten kann. So, wie er es versprochen hatte, damals. Auf arabisch angesprochen, ist der Mediziner doch bereit, ein bisschen über seine Situation zu reden. Wir dachten, das ginge alles ganz schnell, erzählt er. Doch nach der Flucht nach Österreich scheint die Zeit nun still zu stehen. Seine Frau, seine Kinder, sie rufen ständig

ZUM NICHTSTUN VERURTEILT: FARIS, 38. SEINE FAMILIE WARTET AUF HILFE IN SYRIEN.

am Smartphone an, fragen, wo er bleibt. Der Mann steht unter Druck. Das schlechte Gewissen begleitet ihn, hat er seine Familie im Stich gelassen? Von Wien hörte Faris, dass Leute schon nach zwei Monaten die Anerkennung als Flüchtlinge erhielten, er wartet nun schon ein halbes Jahr. Am Tag zuvor hat sein Sohn angerufen und gemeint: „Papa, komm! Lass uns gemeinsam sterben!“ Hätte Faris gewusst, wie sich der Fluchtplan entwickelt, er wäre nie nach Ös-

terreich gekommen, erklärt der 38-Jährige. Faris ist einer von 75 syrischen Flüchtlingen, die vor etwa acht Monaten von der kleinen Gemeinde Waldzell aufgenommen wurden. Viele sind schon weggegangen, einige hätten ihre Bescheide erhalten, andere hielten es nicht mehr aus. Er trägt eine Jogginghose und ein T-Shirt.

Zeitlicher Stillstand

„Friedhof der Flüchtlinge“, so nennen die Syrer Oberösterreich untereinander, sagt er verbittert. Hier sitzen Männer, die dem Krieg entkommen sind und ihr Leben dafür aufs Spiel gesetzt haben, um ein neues Leben in Frieden beginnen zu können. Sie sind etwas aufgeregt, aber verdächtig ruhig. Ihre Blicke flüchten ständig. Von ihrer Flucht und der Bootsfahrt sprechen sie am allerwenigsten. Vier Jahre wütet der Bürgerkrieg in Syrien nun schon. Fast vier Millionen syrische Flüchtlinge wurden Anfang des Jahres in den Nachbarländern aufgenommen. 2.410 Syrer haben heuer in den ersten drei Monaten einen Antrag auf Asyl in Österreich gestellt. Während die Politik



Der Georgshof in Waldzell: Die TouristInnen blieben aus, das Hotel ging in Konkurs. Nun bietet man Menschen aus Syrien vorübergehend Unterkunft.



Diesmal keine Verständigungsprobleme: Die Autorin spricht mit den Flüchtlingen auf Arabisch.

mit Quoten für die Bundesländer beschäftigt ist, haben diese Menschen ganz andere Sorgen: schlimme Erlebnisse, Sorge um die Familien, das Gefühl, hier nicht willkommen zu sein. Arbeiten zu können, das würde wenigstens ablenken. Doch sie warten, Tag und Nacht.

Nachts kann Faris nicht schlafen. Die Zeit vergeht einfach nicht. Unlängst sind über 1.500 Menschen im Mittelmeer ertrunken. Faris erzählt von Hunderten, die auf der Flucht umgekommen sind. Die Bootsfahrt war das gefährlichste, Freunde von ihm sind ertrunken. Sein Glaube an einen Neustart gab ihm Hoffnung. Auch ein anderer junger Mann in Waldzell, Ahmed, hatte sich entschieden zu flüchten. Seine schwangere Frau blieb in Syrien. Dass die ganze Familie das Land verlässt, war aus finanziellen Gründen nicht möglich. Das belastet Ahmed. Er blickt auf sein Handy. Sein Hintergrundfoto zeigt seine beiden Kinder; voller Stolz sagt er ihre Namen. Zu bleiben oder zu gehen – in welchem Fall die Überlebenschancen höher sind, kann niemand sagen. Ahmed machte sich vor zehn Monaten auf den Weg. Zwei Monate war er unterwegs, jetzt wartet er seit acht Monaten auf einen Asylbescheid. Sein Kind, das inzwischen geboren wurde, hat er bis heute nicht gesehen. Er sei vorangegangen, um seine Familie zu retten, sagt er. Nun sitzt er hier, in Sicherheit, und kann nichts tun. „Ich könnte jeden Tag, jede Stunde, jede Minute die Nachricht erhalten, dass meine Frau oder meine Kinder getötet wurden. Wozu bin ich dann hier?“

Improvisierte Hilfe

Johann Jöchtl, Bürgermeister von Waldzell, weiß, dass die AsylwerberInnen in Österreich oft in einem schiefen Licht gesehen werden. Ihre Schicksale berühren ihn. Er erzählt von einem weiteren Arzt, einem Urologen unter den Flüchtlingen. Der sei gerade an der Universität gewesen, als sein Dorf angegriffen wurde. Über vierzig seiner Verwandten kamen um. Seine Frau und Kinder versteckten sich in einem Bergtunnel, der Mann konnte flüchten. In Waldzell ist er mit 75 anderen Flüchtlingen gestrandet, 24 von ihnen sind noch in im Ort. Einmal die Woche erhalten sie Deutschkurs

**„FÜR 160 PERSONEN IST
EINE BEGLEITPERSON
VORGESEHEN. DAS IST
VIEL ZU WENIG.“
BÜRGERMEISTER VON WALDZELL**

von engagierten, pensionierten LehrerInnen. Ursprünglich war geplant, dass die Syrer in einer Volksschule unterkommen, doch das sei nicht menschenwürdig, meinte der Bürgermeister und organisierte das Hotel Georgshof als neue Unterkunft. Eine Übergangslösung, die nun schon acht Monate dauert. Die Männer, viele von ihnen aus der Mittelschicht, an ähnliche Lebensstandards gewöhnt wie die ÖsterreicherInnen auch, leben von Spenden der Bevölkerung und von der Grundversorgung. Die Spenden werden immer weniger, erzählt Sonja Kriechbaumer, die ehrenamtliche Betreuerin der Männer. Vor dem Super-

markt im Ort steht ein Einkaufswagen. Die BewohnerInnen Waldzells können jederzeit einkaufen und den Flüchtlingen spenden, indem sie Einkäufe in den Wagen legen. Die Syrer holen das dann ab und teilen die Lebensmittel auf. Bürgermeister Jöchtl sieht gute Chancen, dass die Männer Asyl bekommen. Doch: „Das Verfahren dauert einfach viel zu lang.“

Sonja Kriechbaumer arbeitet schon seit Jahren hier, zur Zeit für eine Personalbereitstellungsfirma, die den Georgshof kürzlich erwarb. Die 32-jährige fühlte sich vom ersten Moment für diese Menschen verantwortlich. Nachdem sie hörte, es würden Asylwerber kommen, bereitete sie das Haus vor und empfing die Leute auch selbst. „Immer wenn jemand woanders hin verlegt wird, sind Tränen geflossen. Es bilden sich Freundschaften, das ist klar.“, erklärt sie mit einem verlegenen Grinsen. Mit Händen und Füßen, etwas Englisch, etwas Deutsch verständigen sie sich. Es scheint ganz gut zu funktionieren, schließlich kennen sie sich seit mehr als einem halben Jahr. Die alleinerziehende Mutter hat versucht so gut es geht, auch für ihren Sohn Nico eine Betreuung zu finden, um für die jungen Männer da zu sein. Psychologische Begleitung erhalten die kriegstraumatisierten Männer nicht. Eine weitere Sache, die der Bürgermeister kritisiert: „Für 160 Personen ist eine Begleitperson vorgesehen. Das ist viel zu wenig. Selbst für die Hälfte der Leute wäre das zu wenig.“ Zu knapp seien die finanziellen Ressourcen, heißt es von der Politik immer wieder, wenn es um die Versorgung von AsylwerberInnen geht. Ratlosigkeit, von Waldzell bis Brüssel – auch in der EU hat man bis heute keinen Masterplan entwickelt, wie man mit der Flüchtlingskrise in Syrien und Irak umgehen soll.

Im Fernsehen läuft Al-Jazeera. Sie saugen die Nachrichten auf, das Geschehen verfolgt sie auch hier. „Und was geschieht, wenn ich einen Bescheid bekomme?“ fragt unvermittelt ein junger Mann. „Wo kann ich dann wohnen? Darf ich dann arbeiten?“ Die Unsicherheit ist groß, die Informationen gering, die Kommunikation im Ort, wo kaum jemand englisch spricht, fast Null.

Schwankende Stimmung

Im November gingen einige der Männer in den Hungerstreik. Sie protestierten, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen und forderten eine raschere Abwicklung des Ver-



Sonja Kriechbaumer (2. von li.) kümmert sich um die Kriegsflüchtlinge: „Es bilden sich Freundschaften, das ist klar.“

fahrens und ein Arbeitsrecht. Die Aktion ist bei der Bevölkerung nicht gut angekommen, sagt die Wirtin Maria Peter. „Von unserer Seite wird doch alles getan.“ Und: Es werde schon seinen Grund haben, warum das so lange dauert. Im Wirtshaus gegenüber vom Georgshof sind die Syrer längst Thema. Immer wieder wird diskutiert. Es verstünden nicht alle, warum sie ihre Frauen zurückgelassen haben, die feine Art sei das nicht, hört man am Stammtisch. Flüchtlingen stünden die meisten aber nicht ablehnend gegenüber, schon während der Balkankriege habe man positive Erfahrungen mit Leuten, die hier vorübergehend untergebracht wurden, gemacht. Und nun, wo das Hotel leer steht, sei ja auch keine andere Verwendung vorgesehen, sagt die Wirtin. Solange das so ist, würden immer wieder „welche da sein. Aber eigentlich ist uns lieber, die bleiben, die wir kennen, weil bei denen wissen wir, die stellen nichts an.“ Dass die Männer beschäftigungslos sind, wird am Stammtisch kritisch gesehen. Ihnen werde die Möglichkeit genommen, ihre Zeit nützlich zu verbringen, meint ein älterer Herr. „Wenn jemand ein halbes Jahr aus dem Fenster schaut, ist das frustrierend. Wenn sie eine Arbeit ha-

ben, sind sie sicher zufriedener.“ Die Politik sei jedenfalls gefordert, die Entscheidungen zu beschleunigen. Und wozu diskutiere man in Österreich darüber, dass es zu wenige Ärzte am Land gibt, wenn doch auch jemand von den Syrern praktischer Arzt

AM STAMMTISCH: „WENN JEMAND EIN HALBES JAHR AUS DEM FENSTER SCHAUT, IST DAS FRUSTRIEREND.“

werden kann. Eine Frage, die sich auch die Flüchtlinge selbst stellen. Mehrmals haben sie bereits versucht, mit dem Bundesamt für Asyl- und Fremdwesen in Linz Kontakt aufzunehmen, um Informationen zu erhalten. Antworten erhielten sie keine. Auch Sonja Kriechbaumer stört das. „Diese Menschen haben Familien, die sie retten müssen. Es ist für sie schlimm genug, dass sie alleine hergekommen sind.“

Zu jenen, die sich über die Syrer freuen, gehört die Pensionistin Claudia Hohensinn. Jeden Freitag kommt sie zu Besuch und kocht mit den Syrern. Faris, Ahmed und der 19-jährige Sido freuen sich über ihren Besuch und nutzen diese Gelegenheit, um

Deutsch zu üben. „Was kochen Sie heute?“, fragt Sido. Es wird gelacht und geredet. Am Sonntag bringt sie Kuchen mit. Frau Hohensinn wirkt irgendwie froh, dass die Leute da sind. „Sie geben mir viel zurück, bedanken sich immer und geben mir Kraft.“ Es sind einige wenige Momente, die sie auf andere Gedanken bringen. Wenn Frau Hohensinn sie besucht, vergessen sie kurz ihren Schmerz. Es gibt aber auch ablehnende Stimmen im Ort, die Bürgermeister Jöchtl an sein Versprechen erinnern, dass Waldzell nur ein Übergangsquartier sei. Mit den langen Verfahrensdauern zeichnet sich ab, dass dieses Versprechen nicht einzuhalten ist. Der Bürgermeister erklärt sich indes, verweist auf sein soziales Gewissen. Und scheint sich, wohl nicht zu Unrecht, zugleich Sorgen zu machen, wie seine Chancen bei den nächsten Wahlen im Herbst stehen. Vielleicht wird er am Ende ja abgestraft. Aber, so Jöchtl in einem Interview: „Wenn die Leute nicht zufrieden sind, haben sie das Recht, auch jemand anderen zu wählen.“ Inzwischen hat Sido einen positiven Asylbescheid erhalten. Der Syrer möchte in die nächstgelegene Stadt Ried gehen und dort arbeiten.

PR-KAMPAGNE

Der ÖIF ist stolz drauf

Der Österreichische Integrationsfonds soll MigrantInnen bei der Integration behilflich sein. Die Maßnahmen die er dafür trifft, sind teils fraglich.

Text: Sonja Dries

Ende 2014 geisterte plötzlich der Hashtag #stolzdrauf durch die sozialen Medien. ÖsterreicherInnen mit oder ohne Migrationshintergrund posteten Selfies und verrieten, was sie an Österreich stolz macht. Das ganze stellte sich als Kampagne des Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz gemeinsam mit dem Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) heraus. Die Aktion, die laut ÖIF die Offenheit und Willkommenskultur in Österreich fördern sollte, verschlang allerdings auch einiges an Kosten, wie jetzt eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Abgeordneten Alev Korun ans Licht brachte. 326.028,70 Euro wurden laut Kurz' Beantwortung alleine für die Bewerbung der Kampagne in österreichischen Medien ausgegeben. Der Standard geht nach eigenen Berechnungen sogar von Gesamtwerbekosten in Höhe von 450.300 Euro aus. 120.000 Euro trug dabei der ÖIF, wie Kommunikationsleiterin Franziska Troger bestätigt. Die Frage steht im Raum, warum die Organisation ihr begrenztes Budget für diese Art von PR ausgibt und ob sie ihre ursprüngliche Aufgabe, die Betreuung von Flüchtlingen und deren Integration, damit erfüllt.

Der ÖIF war 1960 vom UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR und dem Bundesministerium für Inneres gegründet worden, um der Flüchtlingsbetreuung nach der Ungarn-Krise 1956 einen institutionellen Rahmen zu geben. Nach und nach wurde der Fonds auch für die Integration von MigrantInnen verantwortlich. Ein wichtiger Teil waren dabei anfänglich so genannte Startwohnungen. Personen mit positivem Asylbescheid bekamen die Möglichkeit ein Jahr in einer kleinen Wohnung mit geringer Miete zu leben, wenn sie sich bereit erklärten, sich sozialarbeiterisch betreuen zu lassen und an einem Deutschkurs teilzunehmen. An die 240 Personen lebten nach diesem Konzept im Kardinal König Integ-



BM Kurz: 326.028,70 Euro wurden für die Bewerbung der Kampagne #stolzdrauf ausgegeben.

rationshaus in Wien-Simmering bis es 2009 geschlossen wurde. Laut Troger vom ÖIF war es mit zu hohen Kosten verbunden, die weniger in die Integration der BewohnerInnen als in die Instandhaltung und Energieversorgung des Hauses flossen. Außerdem lautete die neue Strategie des Integrationsfonds plötzlich mobile sprachliche Integration statt Wohn-Integration. MigrantInnen sollten zukünftig individuell an den Integrationszentren und Welcome Desks beraten, die Bereiche Bildung und Arbeitsmarkt stark gefördert werden. Das Konzept Startwohnung wurde verworfen, die BewohnerInnen mussten das Haus verlassen.

Sprachförderung stagniert

Das neue Steckenpferd des ÖIF wurde die Sprachförderung. Er bietet eigene Deutschkurse an, außerdem fördert er externe Kurse von dafür zertifizierten Instituten. 2015 stehen dem ÖIF 9,1 Millionen Euro vom Integrationsministerium zur Verfügung. 5,4 Millionen Euro werden in Maßnahmen wie die Sprachförderung investiert. Obwohl sie eine der Prioritäten des Integrationsfonds ist, konnten im März dieses Jahres keine neuen Sprachförderungsanträge mehr angenommen werden. „In den letzten Monaten zo-

gen sich andere große Fördergeber sukzessive aus dem Bereich zurück, zugleich sind die Zahlen von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Österreich stark gestiegen“, erklärt Franziska Troger die wachsenden Antragszahlen beim ÖIF. Alleine im Januar und Februar wurden 3.300 Anträge eingereicht, was einer Versechsfachung im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres entspricht. Inzwischen wurde die Warteliste allerdings abgearbeitet und neue Anträge können angenommen werden. Innen-, Sozial- und Integrationsministerium haben letzten Monat außerdem eine Finanzierung von 7.300 neuen Kursplätzen zugesagt.

Doch wenn die Ressourcen scheinbar so knapp sind, warum investiert man in eine PR-Kampagne wie #stolzdrauf? Der ÖIF rechtfertigt sich damit, dass die Aktion vom Market Institut evaluiert wurde und 86 Prozent der befragten Menschen mit und ohne Migrationshintergrund es demnach sinnvoll fanden, dass auf das Thema Heimat und Identität aufmerksam gemacht wurde. Gleichzeitig zeigt die Befragung aber auch, dass gerademal vier von zehn Personen angaben, die Kampagne hätte ihr eigenes Österreichbild positiv beeinflusst. Der ÖIF ist trotzdem stolz drauf.



Auf die Räder!

Statt im Polizeiauto durch die Prater Hauptallee und über die Jesuitenwiese (!) zu kutschieren – auf das Fahrrad wechseln, wie an der Donau!

ARBEITSBEDINGUNGEN

Bangladesch: Wenig Fortschritte in der Textilbranche

Zwei Jahre ist es her, dass bei einem Brand in der Rana Plaza Textilfabrik in Bangladesch 1.134 ArbeiterInnen ihr Leben verloren haben, Hunderte wurden verletzt. Die Regierung in Dhaka versprach daraufhin, die Sicherheits- und Sozialstandards zu erhöhen. Was ist seither passiert? Immer noch wird von Todesopfern bei Einstürzen und Arbeitsunfällen in Fabriken berichtet. Internationale Textilkonzerne lassen bis heute zu Dumpinglöhnen produzieren.

Und es gibt bescheidene Fortschritte: Der Mindestlohn in der Bekleidungsindustrie liegt nun bei 45 Euro monatlich, vor zehn Jahren waren es 14 Euro. GewerkschafterInnen versuchen Rechte einzufordern, oftmals sind sie Ziel von Einschüchterungen und auch physischer Gewalt. Internationale Solidaritätskampagnen, etwa durch ausländische Gewerkschaften und NGOs, konnten inhaftierten AktivistInnen immer wieder helfen. Aufmerksamkeit hilft,

auch der Druck auf die großen Handelsketten. Bangladesch ist weniger als zweimal so groß wie Österreich und hat 160 Mio. EinwohnerInnen. 75 Prozent des BIP stammen aus der Textilbranche. Die Angehörigen der Opfer von Rana Plaza erhielten nach 2 Jahren 9,84 Mio. Dollar Entschädigung.

Sri Lanka verbietet Hassreden

Mehr Sensibilität zwischen den Bevölkerungsgruppen fordert ein neues Gesetz in Sri Lanka, das „hate speeches“ verbietet. Wer hetzt, kann Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren ausfallen. Buddhisten und tamilische Singhalesen führten jahrelang Krieg. Nun ist das Ziel die Aussöhnung der Gesellschaft, statt sie auseinander zu dividieren.

Keine segregierten Busse in Israel

Fast hätten die PalästinenserInnen eine Rosa Parks und einen Busstreik gebraucht: Israels Verteidigungsminister Moshe Ya'alon wollte palästinensische ArbeiterInnen, die den Israelis in der Westbank z.B. die Wohnhäuser bauen, nur in getrennten Bussen fahren lassen. Premier Netanjahu blies die geplante Regelung dann doch noch ab.

Ende der blutigen Mineralien?

Importeure sollen künftig offenlegen, woher ihre Rohstoffe für Handys und Elektronikartikel stammen. Das hat das Europaparlament in Straßburg beschlossen. Tantal, Wolfram, Zinn stammen oft aus Kriegsgebieten wie Ruanda oder Kongo, wo Warlords und sklavenähnliche Arbeit herrschen. Nun müssen die EU-Staaten noch zustimmen.



Tantal für unsere Handys.

RASSISMUS

Die Wiener Polizei hat mich festgenommen, weil ich schwarz bin

Ein junger schwarzer Mann wird an der Josefstädter Straße als verdächtig herausgepickt und herabwürdigend behandelt. Drogen fand man nicht, eine Anzeige erhielt er trotzdem.

TEXT: HUEY T.
ILLUSTRATIONEN: EVA VASARI



Wer regelmäßig bei der Josefstädter Straße in die U6 steigt, weiß, dass sich die Station in den letzten Jahren zu einem beliebten Drogenumschlagplatz entwickelt hat. Weil ein guter Freund von mir im 16. Bezirk wohnt, komme ich dort in letzter Zeit häufig vorbei und konnte dabei schon ein paar Mal Situationen beobachten, in denen Leute von der Polizei durchsucht wurden.

Als ich an einem Freitagabend wieder einmal auf dem Weg zu meinem Kumpel an der Josefstädter Straße ankam und die Treppe zur Eingangshalle hinunter lief, stach mir eine Gruppe von Polizisten

in der Mitte der Halle ins Auge. In mir stieg ein leicht unangenehmes Gefühl auf – nicht weil ich irgend etwas zu verbergen oder falsch gemacht hatte, sondern viel

„...bis einer der Beamten mich sah und ohne zu zögern mit dem Finger auf mich zeigte.“

eher weil es mir fast regelmäßig passiert, dass ich aufgehalten und durchsucht werde. Auf den einen oder anderen mag es vielleicht ein bisschen paranoid wirken, aber

ich weiß mittlerweile eben, dass ich bei solchen Personenkontrollen durch meine bloße Erscheinung ein interessantes Objekt darstelle. Ich bin ein großer, schwarzer, junger Kerl, der gerne Kapuzen und Caps trägt – das scheint da offensichtlich schon zu reichen. Und bisher waren die meisten Kontrollen nichts anderes als Zeitverschwendung und/oder Schikane. Wenn einem so etwas zum wiederholten Mal passiert, wird man einfach vorsichtig.

Mein erster Gedanke beim Anblick der Polizistengruppe war also: Bleib cool und geh ganz entspannt an ihnen vorbei. Genau das machte ich auch, aber es dauerte nur ein



„Du hast gerade gar keine Rechte.“ Ein Beamter.

paar Sekunden, bis einer der Beamten mich sah und ohne zu zögern mit dem Finger auf mich zeigte. Ein anderer Beamter kam daraufhin auf mich zu. Ich nahm meine Kopfhörer ab. „Personenkontrolle. Dürfte ich bitte Ihren Ausweis sehen?“

Blöderweise hatte ich meine Geldtasche zuvor bei einem Freund liegen lassen. Ich versuchte, dem Beamten zu erklären, dass ich aus diesem Grund keinen Ausweis dabei hatte, als er wieder mit dem Finger auf irgendetwas oder jemanden hinter mir zeigte. Ich drehte mich um, um zu sehen, worauf er die anderen Polizisten aufmerksam gemachte hatte, und sah einen zwei-

ten schwarzen Mann auf der gegenüberliegenden Seite die Treppe herunterkommen.

Wir kontrollieren nur...

Obwohl ich kein Naiver bin und so ein Verhalten von Seiten der Polizei keine komplett neue Erfahrung für mich war, fiel mir bei so viel Offensichtlichkeit die Kinnlade runter. Ich drehte mich zurück zum Polizisten und sah ihn fragend an. „Das ist aber schon rassistisch, was Sie da machen.“ Er sah mich verblüfft an. Dann wandelte sich sein Gesichtsausdruck in Ärger. Er entgegnete mir lediglich ein: „Wie bitte?“ Ich sagte ihm noch einmal, dass es ganz of-

fensichtlich rassistisch sei, was er und seine Kollegen da gerade abziehen. Der Polizist schien noch verärgerter zu werden. „Wir kontrollieren den anderen Mann nur, weil er dabei war, uns aus dem Weg zu gehen. Und Sie kommen jetzt bitte mit.“

Ich folgte ihm also in einen der Räume der U-Bahn-Aufsicht. Der Polizist zeigte auf einen Tisch. Er forderte mich dazu auf, meine Sachen auszupacken. Aber ich weigerte mich. „Mit welchem Grund oder Verdacht wollen Sie mich denn durchsuchen?“ Der Polizist legte das gleiche verblüffte Gesicht

„Habe es satt,
nur wegen meines
Aussehens durchsucht
zu werden.“

auf wie davor, und fragte, warum ich meine Sachen nicht auspacken wolle, wenn ich nichts zu verbergen habe.

Meine Antwort war klar: „Weil ich es satt habe, nur wegen meines Aussehens aufgehalten und durchsucht zu werden.“ Nun stellte der Polizist mich vor die Wahl: Ich würde entweder meine Sachen auspacken, oder ich müsse mit auf die Wache. Ich sagte, dass ich nichts von beidem tun würde. „Ich habe Rechte und von diesen werde ich auch Gebrauch machen.“ entgegnete ich ihm. Seine ziemlich bezeichnende Antwort: „Du hast gerade gar keine Rechte.“ Spätestens jetzt bereute ich, dass ich kein Smartphone hatte, um die Unterhaltung aufzuzeichnen. Er sagte mir ein weiteres Mal, dass ich ihm folgen sollte, und wir gin-

gen gemeinsam in Richtung des Streifenwagens, der vor der U-Bahn-Station stand. Dort forderte er mich auf einzusteigen und mit zur Wache zu kommen. Ich fragte ihn, ob ich denn festgenommen sei. Er meinte: „Nein, bist du nicht.“ „Wenn ich nicht festgenommen bin, komme ich aber auch nirgendwo hin mit.“ Er forderte mich noch einmal auf mitzukommen und nicht unnötige Probleme zu machen.

Mir wurde immer klarer, dass der Mann, mit dem ich da sprach, nicht das geringste Verständnis dafür hatte, was mich störte. Ich fragte ihn daraufhin, wie er es finden würde, wenn er beispielsweise in Afrika leben und ständig wegen seiner Hautfarbe aufgehalten werden würde. Er meinte: „Ja, dann ist das halt so.“ „Aber das ist doch Rassismus!“ Er meinte wieder nur: „Ja, dann ist das halt so.“

Die Beamten, die sich vorhin um den anderen schwarzen Typen gekümmert hatten, kamen nun auch zu uns und fingen an, auf mich einzureden. Sie meinten, ich solle ihnen die Arbeit nicht schwer machen. Ich antwortete ihnen, dass sie viel eher mir das Leben schwer machten.

In der Höhle des Löwen

Wieder wurde ich aufgefordert, in den Wagen zu steigen. Wieder fragte ich, ob ich festgenommen sei. Und dieses Mal meinte der Polizist: „Ja, du bist festgenommen.“ Ich wollte wissen, aus welchem Grund. Er antwortete: „Paragraph 5.“ Da ich, wie die meisten Menschen, nicht das gesamte Strafgesetzbuch auswendig kenne, erkundigte ich mich, was denn „Paragraph 5“ überhaupt bedeute. Er meinte nur: „Paragraph 5.“ Es war sinnlos, mit diesem Mann zu sprechen.

Ich fragte mich noch, ob er mir wohl meine Rechte vorlesen würde. Tat er nicht. So stieg ich also in den Wagen und wir fuhren mit Blaulicht zu einer Wache im achten Bezirk. Als wir ankamen, hörte ich den Polizisten seinen Kollegen zuflüstern: „Der hat was einstecken.“ Ich musste lachen, weil ich wusste, dass das Blödsinn war. Gemeinsam



Ausweiskontrolle wegen der Hautfarbe?
„Ja, dann ist das halt so.“

gingen wir auf den Posten.

Der Posten fühlte sich für mich viel eher wie die Höhle des Löwen an. Aus allen Ecken kamen Beamte, die scheinbar nicht all zu viel zu tun hatten. Nach kurzer Zeit standen acht bis zehn Polizisten im Raum und die ganze Aufmerksamkeit war auf mich gerichtet. Ich versuchte mich davon nicht einschüchtern zu lassen und fragte den Polizisten, der mich „festgenommen“ hatte, um seine Dienstnummer. Er meinte: „Die bekommst du schon noch.“

„Es war sinnlos, mit diesem Mann zu sprechen.“ Huey T. über ein versuchtes Gespräch.

Ein anderer Beamter kam zu mir und forderte mich auf, meine Taschen und meinen Rucksack zu leeren. Ich legte meinen Rucksack auf den Tisch und er durchsuchte ihn. Auch den Inhalt meiner Taschen legte ich auf den Tisch. Der Polizist forderte mich auf, ein benutztes Taschentuch zu entknäueln.

Natürlich fand er nichts. Nirgends. Dann sollte ich meine Schuhe ausziehen und mein Cap auf den Tisch legen. Ich machte nun einfach, was sie von mir wollten. Zwei Beamte gingen mit einem meiner Schuhe davon und verschwanden in einem anderen Raum. Ich sah sie noch an meinem Schuh riechen, worauf einer von ihnen meinte: „Boah, der stinkt.“ Zumindest das hat mich irgendwie amüsiert.

Herabwürdigendes Verhalten

Im Laufe des ganzen Prozedere sagte ich allen Anwesenden noch einmal meine Meinung. Nämlich, dass es eigentlich ihre Aufgabe sei, der Gesellschaft zu dienen und für Sicherheit zu sorgen, und nicht Menschen zu demütigen. Ein älterer Polizist entgegnete: „Ja, wenn ihr Gift verkauft“ und: „Warum lungerst du denn auch bei der Josefstädter Straße herum?“

Der Polizist, der vergebens meine Sachen durchsuchte, wurde nun cholerisch und fing an zu schreien, dass ich nach Cannabis stinken würde. Als ich mich auf den Tisch lehnte, der hinter mir stand, überkam den Beamten die Wut: „Setz dich nicht mit deinem dreckigen Arsch auf unseren Tisch! Hast du keine Erziehung genossen?!“

Ich versuchte ruhig zu bleiben und antwortete ihm, dass er die ganzen Aggressionen, die er mir entgegenbrachte, letztendlich nur auf sich selbst hätte. Irgendwie schien ich ihn damit am falschen Fuß erwischt zu haben. Er schrie noch lauter: „Ich habe keine Aggressionen!“ Als ich ihn aufforderte, mir mein Cap zurückzugeben, nachdem er es mit absurder Gründlichkeit durchsucht hatte, riss er es an sich und weigerte sich es mir wiederzugeben. Stattdessen forderte er mich auf, auch noch meinen Oberkörper frei zu machen. Dann schaute er mich an und fragte mich auf eine absolut gehässige Art: „Und, sollen wir in die Unterhose auch noch reinschauen?“

Zumindest blieb es nur bei der Androhung. Da ich, wie anfangs schon erwähnt, meine Geldbörse nicht bei mir hatte, gab ich den Beamten meinen vollen Namen, Geburtsdatum, Adresse, alle wichtigen Informationen eben. Sie checkten meine Daten im Register und mussten feststellen, dass ich keinerlei Einträge hatte – ich schätze zu ihrer Verwunderung.

Ich fragte den Polizisten, der mich als erstes angesprochen hatte wieder nach seiner Dienstnummer, und diesmal ging er tatsächlich zu einem Schreibtisch und holte eine Karte, um sie mir aufzuschreiben. Der Polizist, der vorher geschrien hatte, mein-



te in sarkastischem Ton: „Gib ihm meine auch gleich!“ Ich erklärte ihm aber, dass er mich nicht interessiere. Als sie mir sagten, dass ich nun gehen dürfte, meinte er noch, dass ich trotzdem mit einer Anzeige rechnen könne.

Einige Wochen später bekam ich besagte Anzeige dann auch. Der angebliche Anzeige-Grund: „Aggressives Verhalten“. Dadurch hätte ich die Behinderung einer Amtshandlung verursacht. Ich soll 99 Euro Strafe zahlen – eigentlich wären es Hundert, aber da ich für eine halbe Stunde festgenommen wurde, und sich der Tatverdacht nicht bestätigt hat, wurde ein Euro als Gutmachungszahlung abgezogen. Genauere Schilderung gab es da keine. Ich legte Einspruch ein.

Aufgrund des Einspruchs mussten die Polizisten nun ihre Version der Geschehnisse darlegen. Wenig verwunderlich: Die Beamten erzählen die Geschichte komplett anders, als ich es gerade getan habe. Laut ihren Aussagen hätte ich lauthals geschrien und sie als Rassisten und Nazis beschimpft (habe ich nicht). Ich hätte gesagt, dass alle Polizisten gegen Menschen schwarzer Hautfarbe seien, wäre mehrmals direkt auf sie zugegangen und hätte versucht, einfach davon zu gehen (habe ich genau so wenig). Angeblich hätte ich deshalb sogar Aufsehen bei PassantInnen erregt und diese hätten begonnen, sich in die Amtshandlung einzumischen. Deshalb wäre die Festnahme nötig gewesen. Übrigens laut Paragraph 35/1, und nicht Paragraph 5. Ich kann nur wiederholen: All das stimmt nicht.

Aufgrund meines Einspruchs mussten die Polizisten nun ihre Version der Geschehnisse darlegen. Wenig verwunderlich: Die Beamten erzählen die Geschichte komplett anders.

Das Absurdeste und Beleidigendste an der Anzeige ist aber jene Passage, in der argumentiert wird, warum ich überhaupt angehalten wurde: Laut den Aussagen der Polizisten war ich wegen meines äußeren Erscheinungsbildes klar der Suchtgift-Szene zuzuordnen – und zwar wegen „mangelnder Körperhygiene und schmutziger

„Mir ist bewusst, dass mein Wort gegen das von einem knappen Dutzend Polizisten stehen wird.“

Kleidung“. Irgendwie finde ich es fast beschämend, dass ich es tatsächlich festhalten muss, aber ich mache es trotzdem: Ich war in keiner Weise auch nur annähernd dreckig oder unhygienisch.

Außerdem steht in der Anzeige, dass mir an dem Abend ein Durchsuchungsprotokoll vorgelegt wurde, ich aber die Unterschrift verweigert hätte. Auch das ist gelogen, mir wurde überhaupt kein Protokoll vorgelegt. Im März war ich vorgeladen, meine Sicht der Ereignisse zu schildern. Ganz ehrlich, ich habe nicht vor, diese 99

Euro unter irgendwelchen Umständen zu zahlen. Auch wenn mir bewusst ist, dass mein Wort gegen das von einem knappen Dutzend Polizisten stehen wird.

Der Nachdruck des Textes erscheint mit freundlicher Genehmigung des Vice Magazins. Der Gastbeitrag wurde unter einem Pseudonym veröffentlicht — der Name des Autors ist der Redaktion bekannt. Auf Nachfrage bei der Polizei-Pressestelle wurde Vice gesagt, dass die betroffene Person „im Zuge einer dort durchgeführten Schwerpunktaktion einer Personenkontrolle unterzogen“ worden sei. Ansonsten wurde nur die Version der Geschichte, die bereits aus der Anzeige bekannt war, wiederholt. Auf die Fragen, ob „unhygienisches Aussehen und dreckige Kleidung“ ein häufiger Grund für Anhaltungen oder Personaldaten-Feststellungen durch die Polizei sei, wie genau bei solchen Planquadraten bei der Auswahl der kontrollierten Personen vorgegangen werde und ob Beamte bei Planquadraten an der Josefstädter Straße auch nach äußeren Merkmalen wie der Hautfarbe selektieren, ist Pressesprecher Thomas Keiblinger nicht eingegangen.

ETHNIC PROFILING

„Ausweiskontrolle“

Nachgefragt: Der Fall Huey T.

TEXT: CLARA AKINYOSOYE

Immer wieder beklagen schwarze Menschen wie Huey T., dass sie aufgrund ihrer Hautfarbe von der Polizei kontrolliert, durchsucht, mitunter schikaniert würden. Die Wiener Polizei kann sich diese Vorwürfe nicht erklären.

Es ist besser, nicht auf seine Rechte zu pochen – diese Lehre könnte Huey T. aus seiner jüngsten Begegnung mit der Polizei ziehen. Denn dass er seine Rechte einforderte, könnte den jungen Mann nun 99 Euro kosten: Huey T. ist ein großer junger schwarzer Mann, der eines Freitagabends ohne Geldbörse und Ausweis, bei der Station Josefstädterstraße aus der U6 steigt und in eine Polizeikontrolle gerät. Er hat die ständigen Kontrollen satt, und kommuniziert das auch. Er verweigert es, sich durchsuchen zu lassen ohne dass ihm ein Tatverdacht genannt wird, Huey T. (Name geändert) wirft den Polizisten Rassismus vor. Er wird verhaftet, durchsucht, beleidigt und wieder freigelassen, berichtet er später dem Vice-Magazin. Auf Nachfrage erzählt er nun, dass er gegen die Anzeige, die er trotzdem erhielt, weiter gerichtlich vorgehen will.

Oft entscheidet das Aussehen

„Ausweiskontrollen“ wie jene von Huey T. haben System, finden Menschenrechts- und Antirassismus-Organisationen. Sie nennen das Vorgehen der Polizei „Ethnic Profiling“, unterstellen, sie würde Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe, ihrer Nationalität verdächtigen. In der Wiener Poli-

zei will man das nicht gelten lassen, selbst wenn man regelmäßig mit dem Vorwurf konfrontiert wird. „Sowas gibt es bei uns nicht“, sagt Johann Golob, Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit. „Es hat keine Relevanz, woher jemand kommt oder welche Hautfarbe er hat.“ Dort wo „Straftaten gesetzt“ werden, werde die Polizei tätig – in Uniform und Zivil, mit Kontrollen und Observationen. In öffentlichen Verkehrsmitteln „passieren oft Straftaten“, deshalb werde dort kontrolliert und „Identitäten festgestellt“.

Nach Widerspruch bei Kontrolle: Anzeige wegen aggressiven Verhaltens.

Dass bei solchen Kontrollen verstärkt schwarze Menschen ins Visier genommen würden, um Drogendealer aufzufinden zu machen, verneint Golob. Auf die Frage warum gerade jene Menschen, die sichtbar nicht dem typischen Bild eines Österreicher/einer Österreicherin entsprechen, häufige Polizeikontrollen beklagen, gebe es keine pauschale Antwort, so Golob: „Jeder hat seine subjektiven Eindrücke.“

Doch nicht nur Betroffene, auch Zeugen würden von diskriminierenden Kontrollen der Polizei berichten, sagt Claudia Schäfer, Geschäftsführerin von ZARA, dem Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit. So meldeten ZeugInnen etwa, dass sie



„Oft entscheidet das Aussehen.“ Claudia Schäfer, Geschäftsführerin von ZARA.

beobachteten, dass „von rund 50 Leuten nur jene zwei kontrolliert wurden, die schwarz sind“, erzählt Schäfer. Das könne man nicht von der Hand weisen. Oftmals sei der Grund warum eine Person von der Polizei angesprochen werde „einzig und allein auf das Aussehen zurückzuführen“, so Schäfer. „Wir haben Fälle, die das ganz klar belegen.“

„Wir sind hier nicht in Afrika“

Etwa den Fall eines Österreicher senegalesischer Herkunft, der auf einer stark frequentierten Wiener Einkaufstraße nach einem Bankbesuch von einem Polizisten aufgefordert wurde sich auszuweisen. Nachdem der Mann danach gefragt habe, warum er kontrolliert werde, habe der Polizist: „Was willst du? Wir sind hier nicht in Afrika“ entgegnet – einer von zahlreichen dokumentierten Fällen im Rassismus-Bericht von ZARA. Der Betroffene sei höflich aber hartnäckig geblieben. Das Resultat: Zwei Monate nach der Begegnung mit der Polizei bekam der Mann eine Verwaltungsstrafe wegen aggressiven Verhaltens und Lärmerregung.

Täter-Opfer-Umkehr

Das sei eine „typische“ Täter-Opfer-Umkehr, die von Seiten der Polizei angewandt werde, so Schäfer. Menschen, die sich aufgrund einer auf Ethnic-Profilung basierenden Kontrolle aufregen und nach dem Grund fragen, würden verfolgt. „Man versucht sie mundtot zu stellen. Das haben wir oft. Es ist fürchterlich deprimierend für alle



Ethnic profiling? „Sowas gibt es bei uns nicht.“ Johann Golob, Leiter der Pressestelle der Polizei Wien.

Betroffenen. Die Leute haben das Gefühl ohnmächtig zu sein und allein dazustehen.“ Doch das Recht ist auf deren Seite: So besagt Paragraph 30 des Sicherheitspolizeigesetzes: „Jede beamtshandelte Person ist auf Verlangen vom Zweck des Einschreitens zu informieren und kann zur Amtshandlung eine Person ihres Vertrauens hinzuziehen.“ Dies gilt nur dann nicht wenn „dadurch die Erfüllung der Aufgabe der einschreitenden BeamtInnen gefährdet wäre“. Eine Richtlinienverordnung des Innenministeriums weist PolizistInnen außerdem an, alles zu unterlassen, „das geeignet ist, den Eindruck von Voreingenommenheit zu erwecken oder als Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes, der nationalen oder ethnischen Herkunft, der Religion oder der sexuellen Orientierung empfunden werden kann.“

Bereits zehn mal kontrolliert

Dennoch ist der Spielraum der Polizei groß, denn sie hat das Recht Menschen bereits dann zu kontrollieren, wenn der „dringende Verdacht besteht“, dass an dem Ort, an dem sie sich aufhalten „mit beträchtlicher Strafe bedrohte Handlungen“ stattfinden. Sprich: Wer bei einer U-Bahnstation aussteigt, die PolizistInnen etwa als Hotspot für Drogengeschäfte bekannt ist, kann kontrolliert werden. Eine Bestimmung, die rechtlich nicht unumstritten ist und auf die sich die Polizei beruft, wenn sie Menschen ohne konkreten Verdacht kontrolliert.

Huey T. ist insgesamt mehr als zehn Mal von der Polizei kontrolliert worden. Er sei immer

ruhig geblieben, habe sich nicht beschwert. Dann beschloss der schwarze Österreicher, den PolizistInnen seine Meinung zu sagen. Er wolle nur „von Mensch zu Mensch“ reden, habe er der Polizei auf die Aufforderung entgegnet, er solle nicht frech sein. Die Polizei präsentierte ihm einige Wochen später die Rechnung: 99 Euro Strafe wegen aggressiven Verhaltens. Ein Euro war bereits als „Entschädigungszahlung“ abgezogen worden – ein Euro für eine halbe Stunde Freiheitsentzug. Huey T. legte Einspruch ein und erhielt ein Angebot. Weil er unbe-

Wer eine U-Bahnstation frequentiert, die der Polizei als Hotspot für Drogen bekannt ist, kann kontrolliert werden.

scholten ist, werde man die Strafe herabsetzen – auf 80 Euro. Eine Nettoersparnis von neun Euro, denn für die Bearbeitung des Falles habe man ihm zusätzlich zehn Euro in Rechnung gestellt, erzählt Huey T. Um Geld geht es ihm in erster Linie nicht, sondern um Gerechtigkeit. Er hat bereits 400 Euro Anwaltskosten bezahlt und plant einen erneuten Einspruch.

Huey T.: „Ich will nicht 100 Euro dafür zahlen, dass ich meine Meinung gesagt habe. Wahrscheinlich wird's nicht viel bringen. Aber ich will mich nicht beugen.“ Er werde im allerschlimmsten Fall vielleicht sogar ins Gefängnis gehen. Huey T. will auf sein Recht pochen, auch bei der nächsten Kontrolle.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander
Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder); Clara Akinyo-
soye, Eva Bachinger, Nermin Ismail, Philipp Sonde-
regger, Magdalena Summereder, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Bachinger, Sonja Dries,
Nermin Ismail, Alev Korun, Stefan Kraft, Martin
Schenk, Philipp Sonderegger, Huey T.

BUSINESS DEVELOPMENT:

Magdalena Summereder

COVERBILD:

Karin Wasner

LEKTORAT:

Susanne Drexler

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Sandra Lakitsch

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at

T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“,

Straßenkolportage

AUFLAGE:

30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

JUGENDKULTUR

Jungs aus der Gegend

Ottakring ist kein Ghetto, aber die Hochburg des Wiener Serben-Raps. Zwischen Wienerisch, Hochdeutsch und „Tschuschisch“ bewegen sich Svaba Ortak und Manijak, und treffen dabei auf H. C. Strache, die Kronen Zeitung und Schwule am Balkan.

PORTRAIT: STEFAN KRAFT
FOTOS: MAGDALENA BŁASZCZUK

Identität ist zuallererst das, was einem zugeschrieben wird. Das stimmt zumindest für all jene, die in der Hierarchie der Gesellschaft nicht im Dachboden logieren.

Der US-amerikanische Gangsta-Rap bestätigte diese These eindrucksvoll. Die eigene Realität wurde in derselben Weise dargestellt und überzeichnet, wie es die Nachrichtensendungen im Fernsehen taten. Jedes Video aus South Central, LA zeigte Einfamilienhäuser ohne Dachboden, Waffen, so viele Waffen, Drogen, den Kampf gegen die Polizei, die anderen Dealer, leicht bekleidete Frauen, viele, viele Frauen. Und immer wieder die Botschaft: Es ist wahr, was ihr über uns sagt, so leben wir und unsere Musik. Unsere Texte geben Ausdruck davon.

Im Revier

Im 16. Wiener Gemeindebezirk geht die örtliche Rap-Szene einen ähnlichen Weg: „Als Blaupause für das dichte Gewebe zur identitären und räumlichen Selbstveror-

nung dient häufig der US-amerikanische Gangsta- und Street-Rap. In den Videoclips zu den Songs ‚Jungs aus meiner Gegend‘ von Manijak (...) stehen die Rapper auf Hochhäusern, vor Gemeindebauten und Graffiti-Wänden oder sie gehen durch die Parks und Straßen ihrer Heimatbezirke, die durch die Verhandlung der Themen (Polizei-)Gewalt, Armut, Geld, Drogen und Sexarbeit als ‚Ghettos‘ stilisiert werden“. So lauten die schleppenden Zeilen in einem Buch zu „Postmigrantischen Perspektiven jenseits der Parallelgesellschaft“ aus dem Jahr 2014.

„Ottakring ist kein Ghetto“, sagt Manijak, der Schöpfer des Songs „Jungs aus meiner Gegend“. Wenn auch die Bilder seines Videos den amerikanischen Vorbildern verhaftet sind: schnelle Shots von Polizeiautos, U-Bahn-Stationen, Burschen in Kapuzenpullis, die Joints rauchen, lokale Einsprengsel, der „Wettpunkt“, der „Wettkaiser“. Man mag es stilisiert nennen – oder vernehmen, dass hier etwas geformt wird aus angenom-

menem Klischee und übernommenem Ausdruck und wahrgenommener Eigenständigkeit. Identität ist zuallererst das, was einem zugeschrieben wird.

Manijak, bürgerlicher Name Denis Abramović, ist 24-jähriger Rapper mit serbischen Wurzeln, wachsender Bekanntheit und zunehmenden Klicks auf seine YouTube-Clips. Hauptberuflich betreut er Obdachlose. Einen Schritt voraus ist ihm der 22-jährige Pavle Komatina, besser bekannt als „Svaba Ortak“, der zurzeit wohl prominenteste Vertreter des Migrantens-Raps in Wien, den es mittlerweile von der Ottakringer Straße nach Frankfurt gezogen hat. Die Thematik ihrer Songs ist ein Spiegelbild jener Seele, der der Ausdruck „postmigrantisch“ wenig gerecht wird: Übernommenes, männlich-ideales Gangstatum und Revierzugehörigkeit, ausländische Herkunft, serbischer Nationalstolz, mischt sich mit politischem Engagement und der Herausbildung einer Wiener Rapperszene, die nationale Grenzen verschwimmen lässt.



Denis Abramovic, aka Manijak (vorne), ist 24-jähriger Rapper mit serbischen Wurzeln und zunehmenden YouTube-Klicks.



Pavle Komatina, 22, aka „Svaba Ortak“, der zurzeit wohl prominenteste Vertreter des Migranten-Raps. Mit Ortak (dahinter) zwischen männlich-idealem Gangsta-Rappertum und politischem Engagement.

Treffen mit Strache

Eine Szene, die kaum Anknüpfungspunkte enthält zu einer früheren Wiener Hip-Hop-Generation. „Um ehrlich zu sein: aus dem Wiener oder österreichischen Raum hat mich niemand beeinflusst“, sagt Svaba Ortak. „Mit 16 habe ich meinen ersten Versuch gestartet“, sagt Manijak, auch seine Vorbilder waren rar gesät. Ein bisschen USA, ein bisschen Deutschland, ein bisschen serbischer und kroatischer Rap. „Mein erstes Lied hieß ‚Ottakring‘. Ein erbärmlicher Versuch. Aber wie es später ernster für mich geworden ist, habe ich viel mehr politische Themen eingebaut. Das ist für

mich ganz wichtig. Ich habe immer viel politischen Rap gemacht, systemkritischen, gesellschaftskritischen Rap“, sagt Manijak. In „Jungs aus meiner Gegend“ rappte er gegen

„Das Antiamerikanische findet ein breites Publikum.“ Manijak

die ausländerfeindliche Kronen Zeitung und fiel mit den Zeilen auf: „Die blaue Nazi-Partei ist der größte Scheiß“. Puls4 arrangierte ein Treffen mit H.C. Strache, er ging hin und diskutierte mit dem FPÖ-Chef. Zu Manijaks Gunsten fiel das Gespräch nicht aus,

stattdessen konnte sich Strache als verständiger Politiker mit konsequenter Haltung in der „Ausländerfrage“ präsentieren. Warum Manijak trotzdem mit ihm gesprochen hat? „Weil er wissen soll, dass es auch Serben gibt, die gegen ihn sind“. Viele sind nämlich für ihn, mit seiner Unterstützung in der Kosovo-Frage, mit dem serbisch-orthodoxen Armband auf den Wahlplakaten, mit seiner Moslemfeindlichkeit hat sich Strache Wähler verschafft, wo sie nicht zu vermuten waren. „Ich kann nichts an Strache verändern. Aber ich kann vielleicht zumindest einen Serben davon überzeugen, dass er ihn nicht wählt. Dann hätte ich schon gewonnen“, sagt Manijak.

Aber, wie hält er es selbst mit der viel beschworenen Integration? „Ich muss mich den Normen anpassen.“ Ist das der Grund, warum er auf Deutsch rappt? „Ich rappe auf Deutsch, weil ich die größte Zuhörerschaft auf Deutsch habe.“

Typische Bio

Manijak und Svaba Ortak, sie bezeichnen ihre Sprache als „Mischung aus Wienerisch, Deutsch und Tschuschisch.“ Born and raised in Ottakring, „nur zwei, drei Monate“ hat Manijak als Baby in Serbien verbracht, eine typische Erzählung der zweiten Generation. Um Jugoslawien, das er nie gekannt hat, tut es ihm leid: „Man hat gesehen, was daraus geworden ist.“ Svaba Ortak nimmt schon in seinem Künstlernamen Bezug auf Jugoslawien, denn im jugoslawischen Film „Rane“ aus dem Jahr 1998 lautet einer der Hauptprotagonisten auf den Namen „Švaba“, der bei seiner Großmutter in Belgrad aufwächst, die einst vor der faschistischen Ustascha aus Kroatien flüchten musste. „Ortak hab‘ ich einfach drangehängt wegen meinen Freunden, das bedeutet so viel wie ‚Haberer‘.“

Aufgewachsen sind die beiden im Bezirk mit Türken, Albanern, Kroaten, Bosniern. Manijak gibt nicht den letzteren die Schuld, dass Teile seiner Familie aus Bosnien flüchten mussten: „Schuld waren die Amerikaner.“ Ist das der Grund, warum er und Svaba Ortak in vielen ihrer Textzeilen gegen die USA rappen? Manijak: „Es geht mir nicht nur um Serbien, es geht mir um

die ganze Welt. Natürlich ist das ein Auslöser, dass ich antiamerikanisch bin. Das Antiamerikanische findet ein breites Publikum.“ Auch Svaba Ortak hat der Krieg geprägt: „Als die NATO uns bombardiert hat, stand die Stadt, aus der ich stamme, Murina in Montenegro, unter vollem Beschuss und ich habe dabei meinen Großvater verloren, als ihn die Bombensplitter trafen. Das war ein starker Schicksalsschlag für meine ganze Familie. Dafür verfluche ich die westlichen Mächte und ihre Politik bis zu meinem letzten Atemzug.“ Aus der gemeinsamen Wut sind gemeinsame, durchaus radikale Songs zum Thema entstanden, sie lauten auf Titel wie „Anti Ami“ und „Systemcrash“.

Provo und Sarkasmus

Diese Mischung aus ungezügelter, teilweise diffuser politischer Radikalität, Ottakringer Lokalpatriotismus und serbischem Stolz findet ihre ZuhörerInnen, aber auch ihre KritikerInnen. So äußerte sich das Wiener Migrantenmagazin „biber“ zu einem von Svaba Ortaks bekanntesten Liedern folgendermaßen: „In ‚Serben in Wien‘ fordert er seine Zuhörer mit ‚Schließ deine drei Finger!‘ zum Serbengruß auf und macht einen auf serbischer Nationalist.“ Das vorschnelle Urteil ist auch sachlich falsch, wie Svaba Ortak ausführt: „Wir schließen unsere drei Finger, wenn wir uns bekreuzigen bei unseren Gebeten.“

Doch wie verhält es sich mit Textzeilen wie sie in „Jungs aus der Gegend“ zu vernehmen sind, etwa „Du bist hier unerwünscht wie Schwule am Balkan“? Oder Svaba Ortaks Beschreibung einer Busfahrt von Belgrad nach Wien, in der er auf lauter „Zigeuner“ trifft?

Svaba: „Wenn man mir so etwas vorwirft, versteht man nicht den Sarkasmus, den ich als Person habe und in meinen Textzeilen widerspiegeln.“ Manijak: „Ich zeige manchmal meiner Freundin meine Textzeilen, ob sie frauenfeindlich sind. Dann meint sie: Das könnten die Leute falsch verstehen. Dann sage ich, passt, die Leute sollen es ruhig falsch verstehen.“ Zurückgesteckt wird nicht und manche der lauen Erklärungsversuche kennt man auch vom US-ameri-



Mit Strache gesprochen: „Weil er wissen soll, dass es auch Serben gibt, die gegen ihn sind“.

kanischen Rap: Ich stelle die Sachen nur so dar, wie sie sind.

FM4-tauglich wird diese Musik nicht mehr, aber das will sie auch nicht. Die Szene prä-

„Wir schließen unsere drei Finger, wenn wir uns bekreuzigen.“ Svaba

sentiert sich auf YouTube, wo der Wiener Straßenrap zusammenfindet. Im Track „Hand auf's Herz“, einer breitestmöglichen „Kollabo“ der harten Wiener Hip-Hopper, finden sich Svaba Ortak und Manijak neben türkischen, kroatischen und Wiener

Dialektrappern ein. Produziert wurde der Track, neben so vielen anderen Songs der beiden, von Paul Manea alias „PMC Eastblok“. Der Produzent mit rumänischen Eltern versorgt den Migrantenrap mit Beats und Samples, wohnhaft ist er in Simmering und so erstreckt sich sein Einfluss von „U3 Endstation bis Endstation“. PMC Eastblok kann ebenso wenig wie Manijak oder Svaba Ortak von seiner Musik leben, dennoch möchte er weder auf den deutschen Markt schielen, noch seinen Wiener Kollegen untreu werden: „Das ist Musik, die ich fühlen kann, wozu ich einen Bezug habe. Weil ich weiß, über was sie reden.“

AUF REHABILITATIONSKURS

„Es war doch nicht so gemeint“

Stefan Petzner redet die Kärntner Flüchtlingsvertreibung 2008 schön. Der österreichische Journalismus hat Mühe, die Geschichtsklitterung-Strategie zu durchkreuzen.

TEXT: PHILIPP SONDEREGGER

Stefan Petzner steht Rede und Antwort. Über seine Flügel-Schuhe. Stefan Petzner kommentiert den Tod des Udo Jürgens und zitiert dazu aus seiner unvollendeten Diplomarbeit. Stefan Petzner erklärt seine neue PR-Firma. Stefan Petzner legt Musik auf beim Jubiläum eines hippen Magazins; viele Branchen-KollegInnen tanzen ausgelassen, ein Nachrichtenmagazin berichtet. Ja, es ist der selbe Stefan Petzner, der dem „Landjäger“-Magazin zum Rücktritt der SPÖ-Landesrätin Gabriele Schaunig anvertraut: „Ich habe gesagt, ich übernehme das, die Frau ist in einem Jahr erledigt. Von dem Tag an wurde die Frau Schaunig jeden Tag beschossen.“ Das Ziel sei es gewesen sie „politisch zu beseitigen. Das ging soweit, dass wir ihre Familie rein gezogen haben. Sehr brutal, aber es hat funktioniert und sie ist zurück getreten. Danke. Tschüss.“ Stefan hier, Petzner dort. Kein anderer ehemaliger BZÖ-Politiker wird in den Medien so herumgereicht wie Jörg Haiders letzter Adlatus – auch, wenn er längst kein öffentliches Mandat mehr innehat. Warum geben JournalistInnen einem wie Petzner so viel Platz für seine Selbstbeweihräucherung? Immerhin ist Gabi Schaunig nicht die einzige, die von Petzner in Kärnten aus dem Weg geräumt wurde. Petzner war füh-

rend in eine der niederträchtigsten Kampagnen gegen Flüchtlinge in der 2. Republik involviert. Seine damalige Rolle spielt er auf die eines Pressesprechers herunter (nicht ohne gleichzeitig zu beklagen, dass sein politisches Wirken in Kärnten unterschätzt werde). Fragen dazu will Petzner heute keine mehr beantworten. Zu einer inhaltlichen Distanzierung ist es bislang auch nicht kommen. Deshalb leistet seine Omnipräsenz einer Reinwaschung der damaligen

**„Ich habe gesagt, ich übernehme das, die Frau ist in einem Jahr erledigt.“
Petzner über Schaunig.**

Ereignisse Vorschub. Kann jemand ein Bösewicht sein, müssen sich Unbefangene fragen, der zum KommentatorInnen-Inventar so vieler Medien zählt?

Er kann. Rufen wir uns die Geschehnisse im Jahr 2008 in Erinnerung. Jörg Haider und das BZÖ sind durch einen Skandalreigen schwer angeschlagen. Aber Haider tritt noch einmal an. Als geschäftsführender Landesparteiobmann und Wahlkampfleiter orchestriert Stefan Petzner die Kampagne, mit der sich das BZÖ an der Macht halten will.

Foto: WILKE



Eine Vertreibung

Sonntag, 6. Jänner in Villach, zu den Heiligen Drei Königen. Alik Schamarow sitzt am Küchentisch der kleinen Wohnung, die er mit seiner Frau Ekaterina und den Kindern Adam, Petimat und Liana (alle Namen geändert, Anm.) bewohnt. Die Feiertage sind bald vorbei. Auch für Schamarow. Am Mittwoch wird er endlich eine Arbeit aufnehmen können. Es ist nur Hilfsarbeit in einer Villacher Fleischerei. Doch für den 49-jährigen Tschetschenen bedeutet es einen entscheidenden Schritt zurück ins Leben. Vor sechs Jahren hat das Asylamt einen vorläufigen Abschiebeschutz verfügt.

Die Polizei teilt mit, dass Adam „keine Schuld hat“, doch die „Abschiebung“ nach Traiskirchen nimmt ihren Lauf.

Denn Familie Schamarow ist in Tschetschenien nicht mehr sicher. In dem kleinen Kaukasus-Land regiert Folter-Präsident Ramsan Kadyrow. Der lässt die Häuser seiner Gegner niederbrennen und ihre Familien einsperren. Endgültig entschieden hat die Asylbehörde den Fall Schamarow noch nicht. Wie ein unsichtbarer Aufpasser sitzt die Ungewissheit mit in der kleinen Küche. Und dennoch: Alik Schamarow malt sich die Zukunft aus. Er möchte seiner Familie endlich ein normales Leben bieten. Der 17-jährige Sohn Adam ist auf der Flucht, seit er elf Jahre alt war. In der Abendschule holt der Jugendliche jetzt den Hauptschulabschluss nach. Vielleicht können die Kinder ihr richtiges Leben beginnen, noch bevor sie erwachsen sind.



Auf der Saualm: Haider und Petzner kündigten „Sonderanstalt für kriminelle und kranke Flüchtlinge“ an.

Doch noch ist es nicht soweit: An der Tür klopft der Betreiber der Unterkunft. Er hat Weisung, die Flüchtlinge vor die Tür zu setzen. Sie sollen ihre Sachen packen, am nächsten Tag werde man sie mit einem Bus wegbringen. Einen Grund kann er nicht angeben. Gerüchteweise habe es wohl mit der „Silvester-Schlägerei“ zu tun. Am nächsten Morgen nehmen die Schamarows ihren Sohn zur Polizei, um zu fragen, „ob er Schuld hat.“ Die Polizei teilt mit, dass Adam „keine Schuld hat“ und nicht in die Silvesterschlägerei involviert war. Doch die „Abschiebung“ nach Traiskirchen nimmt ihren Lauf. Am Nachmittag stehen Uniformierte an der Tür der Schamarows. Gemeinsam mit drei weiteren tschetschenischen Familien werden sie aus dem Land geschafft. Insgesamt 18 Personen. Ein paar Taschen mit Kleidung können sie mitnehmen. Möbel und andere Habseligkeiten bleiben zurück. Sie passen nicht in den Bus. Es ist eine regelrechte Vertreibung. Später wird die Menschenrechtsanwältin Nadja

Lorenz die „Abschiebung“ gerichtlich zur Menschenrechtsverletzung erklären lassen. Der Verwaltungsgerichtshof bestätigt die Unschulds-Angaben der Polizei.

Unmut schüren

Doch Haider und Petzner verteidigen die Aktion. Sie halten am Vorwurf fest, die Abgeschobenen seien „Kriminelle“. Und sie le-

„Verdächtige Tschetschenen“ bei einer Hotline melden – Massenaussendung an die VillacherInnen.

gen noch eins drauf. Am 18. Jänner kabelt Stefan Petzner einen Brief des Landeshauptmanns an die Agenturen. Dieser ist mit dem Regierungsemblem versehen und wird im Bezirk Villach an 45.000 Haushalte versendet. Haider fordert die Bevölkerung auf, verdächtige Tschetschenen bei einer eigenen Hotline zu melden, „damit ich deren sofor-

tige Abschiebung veranlassen kann.“ Als gäbe es keinen Rechtsstaat. In den folgenden Tagen werden tschetschenische Frauen auf der Straße angespuckt. Doch insgesamt hätten sich die Villacher sehr besonnen verhalten, meint der Kärntner Sozialpsychologe Klaus Ottomeyer heute: „Oft berufen sich Politiker auf einen Unmut in der Bevölkerung, den sie erst schüren müssen.“

Und tatsächlich. Es folgten weitere „Abschiebungen“. Bis es dem Innenministerium zu bunt wird. Am 18. Juli stoppt die Polizei einen Transport an der steirischen Grenze und zwingt ihn zur Umkehr. In Kärnten kann das BZÖ-Duo weiter schalten und walten. Haider und Petzner kündigen die Einrichtung einer „Sonderanstalt für kriminelle und kranke Flüchtlinge“ auf der Saualm an. „Bei den sieben Zwergen, hinter den sieben Bergen“ wolle man künftig Flüchtlinge „konzentrieren“, damit „sie niemanden etwas tun können“. Erst 2012 wird die Einrichtung wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen geschlossen.

Säuberungsdemagogie

Die „Abschiebung“ aus Kärnten kommt nicht aus heiterem Himmel. Bereits im Jahr 2006 verkündet das BZÖ die ethnische Vertreibung. Stefan Petzner prägt die Parole „Kärnten wird tschetschenenfrei“. In ganzseitigen Inseraten schaltet das BZÖ ihr Vorhaben. Dabei grenzen sich Haider und sein Gehilfe weder vom national-sozialistischen Beiklang der Parole noch von potentieller Selbstjustiz durch BürgerInnen ab. Mit dem ebenfalls wahlkämpfenden BZÖ Graz steigern sich die Zünder in eine Spirale der Säuberungsdemagogie. Die BZÖ-Graz-Kandidaten Gerald Grosz und Peter Westenthaler fegen auf ihrem Wahlplakat „Wir säubern Graz“ bildlich die Begriffe Asyl und Bettler aus der Stadt. Beim Wahlkampf-Abschluss in der Grazer Helmut-List-Halle kommt es zum Gipfeltreffen. Auf der Bühne schwingt zur Kennmelodie von „Spiel mir das Lied vom Tod“ eine Tanztruppe die Besen. Haider und Petzner sitzen erste Reihe fußfrei.

Traumatisierte Flüchtlinge benötigen Stabilität, Raum und Respekt, erklärt Klaus Ottomeyer. Einer der abgeschobenen Tschetschenen war bei ihm in therapeutischer Behandlung. Die beste Voraussetzung für eine Genesung sieht er darin, so schnell wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. „Retraumatisierung beugt man vor, indem Flüchtlinge bald auf eigenen Beinen stehen können, als Rechtssubjekte anerkannt werden und selbst über die alltäglichen Dinge des Lebens entscheiden dürfen.“ Deshalb drängen Flüchtlingsorganisationen auf Arbeitsmöglichkeiten, die rasche Beschulung der Kinder und - natürlich - ordentliche Verfahren. Weniger günstig ist Hetze und neuerliche Vertreibung. „Allerdings bin ich erstaunt, mit welcher Würde die Tschetschenen das über sich ergehen haben lassen. Wahrscheinlich weil ihre Großeltern das auch schon überlebt haben“, weist Ottomeyer auf die lange Geschichte von Unterdrückung, Verfolgung und Deportation der TschetschenInnen hin.

Geläuterter Politiker?

Petzner hat zuletzt Andeutungen gemacht, die ein gewisse Einsicht erhoffen ließen: „Ich würde nicht mehr alles gleich machen“, schrieb er etwa auf Twitter. Auf

Nachfrage von MO, von welchen Handlungen er konkret Abstand nehmen würde, teilt Petzner mit, er werde auf „komische Fragen“ nicht antworten, „weil dazu längst alles gesagt“ sei. Im Interview mit dem „Landjäger“-Magazin pochte Petzner noch auf die Unterscheidung zwischen dem Wahlkampfleiter und der Person Petzner. Als Wahlkämpfer gebe es keine moralischen Grenzen, da sei „jedes Mittel recht. Auch Hetze gegen Minderheiten.“ Als Person hingegen habe er bestimmte Kampagnen und Slogans „gar nicht so gemeint.“ Als könnte man die Verantwortung für irgendein menschliches Handeln durch Abspaltung in eine berufliche Rolle delegieren. Das klingt so sehr nach „habe nur meine Pflicht getan“, dass man sich beschämt abwenden möchte.

Warum Petzner dennoch viel Platz für Selbstbeweihräucherung eingeräumt wird, können am besten JournalistInnen selbst

„Wie auf einem Schulhof, wo sich die Klasse zum Mobber stellt.“

beantworten. „The Gap“-Herausgeber Thomas Weber erklärt sich die Nachsicht mit Petzners Fernsehauftritt nach Haider's Tod: „Beim öffentlichen Weinen hat Petzner wie geläutert gewirkt. In diesem Moment war er echt, das hat ihn vielen Menschen nahe gebracht, wahrscheinlich auch Journalisten.“ Ausserdem hält er Petzners frühe Präsenz auf Twitter für einen nicht unwesentlichen Faktor: „Digital Natives hatten bis vor kurzem einen klaren Startvorteil in klassischen Medien.“

Eine „wichtige Quelle“

Über einen anderen Grund wird in der Branche nicht öffentlich geredet. Eine Innenpolitik-Redakteurin gibt nur anonym Auskunft über das Thema InformantInnenpflege. In der Korruptionaufarbeitung im Hypo-Skandal sei Petzner eine sehr wichtige Quelle für sie gewesen, berichtet die Journalistin. Daraus habe sich ein langjähriger Kontakt ergeben und „da vergisst man dann manchmal seine aktive Kärnten-Zeit“. Außerdem sei Petzner persönlich ein sehr schräger, facettenreicher und vielfach ge-

brochener Mensch. Aber auch „sehr hilfsbereit und ziemlich witzig“. Darüber „vergisst man vieles, weil er so gar nicht zu den rechten Recken passt.“

Eine andere Innenpolitik-Redakteurin, die oft Asylgeschichten schreibt, hadert mit dem Naheverhältnis einiger KollegInnen zu Petzner, die sich „zu Komplizen machen“. Es sei wie auf einem Schulhof, „wo sich die ganze Klasse zum Mobber stellt, nachdem dieser sein Opfer gerade fertig gemacht hat. Weil der die coole Socke ist und den guten Spruch drauf hat.“

Der Autor und Journalist Robert Misik weist noch auf einen andern Punkt hin. Er vermutet, viele KollegInnen nähmen Petzner implizit den Wandel ab, weil er das Spiel mit kulturellen Codes beherrsche und sich zu einer schrägen Kunstfigur stilisiere, die gut zum links-liberalen Milieu passt. So wohnte Petzner beim Brunnenmarkt, ein Multi-Kulti-Viertel in Ottakring. Das generiere eine diffuse „Mit-dem-kann-manschon“-Haltung: „Dieses Gefühl kann ich auch bei mir selbst feststellen.“ Dass Petzner die kulturelle Adaption an das urbane Segment der Medienbranche beherrsche, erwecke dort womöglich den Eindruck, man habe Petzner „umgedreht“: „Man fühlt sich bestätigt, weil Petzners Eingemeindung doch zeigt, wie groß unsere kulturelle Attraktion ist“, analysiert Misik.

Auf professionelle Distanz achten

Leider zeigt der hiesige Journalismus Schwächen, politisch Verantwortliche von gravierenden Menschenrechtsverletzung als Täter zu benennen. Nicht alle Medien sind dieser Geschichtsklitterungs-Strategie gewachsen. Dabei wären wir den geschädigten Flüchtlingen zumindest schuldig, die Hetz-Kampagnen unmissverständlich als Unrecht zu verurteilen. Nur so können die wieder aufgerissenen Wunden verheilen und kann Vertrauen in unser Gemeinwesen entstehen. Wenn Petzner und Andere gerichtliche Erkenntnisse ignorieren und Unrecht verharmlosen, dann können sie keine gewöhnlichen Personen des öffentlichen Lebens sein. Dann müssen JournalistInnen die Dinge gerade rücken. Indem sie in besonderem Maße auf professionelle Distanz achten und die nötige journalistische Einordnung der Geschehnisse und handelnden Personen vornehmen.

HASS - GESCHÜTTELT UND GESCHÜRT

Wir wollen euer Land!

Rechte Hassprediger fälschen auch Bilder, die dann in Social Media viral werden. Die Website www.heimatohnehass.at dokumentiert Unwahrheiten wie diese:



Für Aufregung sorgte ein Bild, das in vielen FPÖ-nahen Seiten und Gruppen verbreitet wurde. Auf dem Bild sind dunkelhäutige Demonstranten zu sehen, die die provokante Aufschrift "Wir wollen euer Land, ihr dummen Ungläubigen" auf einem Transparent präsentieren. Selbstredend wurde die Botschaft unreflektiert aufgenommen und führte zu den leider schon fast obligatorischen Gewalt- und Mordaufrufen gegen ganze Bevölkerungsgruppen bei den freiheitlichen Anhängern.



Eine andere Version des Fotos ist in rechtsextremen Kreisen in Deutschland bereits seit längerem in Umlauf, mit der Aufschrift "Wir erobern euer Land". Allerdings wurde bei diesem Bild das Transparent grafisch so schlecht und offensichtlich manipuliert, dass man wahrscheinlich auf die Idee kam, eine etwas weniger auffällige Version in Umlauf zu bringen.



Tatsächlich handelt es sich im Original um ein Foto einer der Spontandemos im November 2013, auf denen in mehreren Ländern für die Freilassung des in Holland lebenden Flüchtlingsaktivisten El Mouthena demonstriert wurde, der auf dem Weg zu einem europäischen Vernetzungstreffen von Flüchtlingen, in Deutschland festgenommen wurde.

NEUES VON DER BOCK

Von ihr kann man alles haben, nur kein Nein. Die Flüchtlingshelferin Ute Bock ist im wahrsten Sinn grenzenlos. Ihre Sozialarbeit: der ganz normale Wahnsinn. Alltag in Wien.



Frau Bock macht langsame Fortschritte nach ihrem Schlaganfall. Übungen für den einen Arm bleiben ihr noch nicht erspart, auch nicht ein Haufen Tabletten. Sie sitzt noch im Rollstuhl und kommentiert die Situation auf ihre Weise: Es ist besser g'sund, reich und g'scheit als krank, arm und deppert.

Haus gesucht

Ich brauch noch ein Haus, ich brauch eine Notschlafstelle. Es kommt jeden Tag jemand, den wir nirgendwo unterbringen können und den wir wegschicken müssen. Das ist furchtbar. Ich kann ja jemand nicht einfach zu irgendeiner anderen Familie dazulegen, darauf muss man schon achten. So könnt' ich sagen: Da ist eine Notschlafstelle, da kannst von heute auf morgen schlafen, dann kommst wieder her und wir schauen, was du für Chancen hast mit dem Asyl. Und dann kann man sich um eine andere Unterkunft kümmern. Ich hätte sogar zwei tüchtige Mitarbeiter dafür. Ich will diese Woche noch da runter fahren, zur Kirche, und da oben gib'ts auch eine, und eine im zweiten Bezirk, wo ich fragen werd'. Ich will nicht, dass die Leute in der Kirche schlafen, aber vielleicht gibt es wo ein Billingsdorfer-Haus mit Kleinstwohnungen drin, das unsere Leute dann herrichten können.

Mutter mit Säugling

Unlängst kommt um 10 Uhr am Abend eine Frau mit einem Säugling und einem

vielleicht dreijährigen Kind, blazt, sie hat nix zum Schlafen und kann den Kindern nix zum Essen geben. Sie hat nichts. Das Essen kann man regeln aber mit dem Schlafen, das is eine Katastrophe. Die war in Ungarn verheiratet und dort geschieden, der Mann hat sie rausgeschmissen. Gut, was es für Leut' gibt, das weiß man. Jedenfalls kann ich ned sagen, Geh zu deinem Mann zurück, das geht nicht. Ich hab sie dann wo untergebracht, sie kriegt von mir ein wöchentliches Geld, auch wenn sie Gewand braucht für die Kinder, kriegt sie auch eins. Aber sowas funktioniert nicht endlos, ich kann das nicht bei der nächsten wieder und bei der nächsten wieder machen. Jetzt wohnt sie in einer Wohnung von mir. Das eine Kind war im Wickelkissen, das andere war vielleicht drei Jahre alt. Aber sie hat Deutsch können, ein bisschen zumindest.

Probeliegen

Vor dem Fenster ein kleiner Garten, dort werden Beete gepflegt. Ich hab einen Afghanen, der den Hof betreut, der bildet sich ein, er ist Gärtner. Der macht das wirklich sehr schön. Der hat auch die Vogelhäusl'n aufgehängt. Schauen Sie einmal da, sehen Sie die Hochbeete da hinten, die der gemacht hat? Ich hab' immer gesagt, das schaut aus wie ein Probefriedhof (lacht). Die Beete hat er selbst aus den Brettln gebaut. Ich hab zu ihm gesagt: Kannst ned

warten, bis ich tot bin? Probeliegen tun wir erst dann.

Nicht das Himmelreich

Wenn man im Fernsehen die Bilder von den Flüchtlingen in Syrien sieht, das ist schlimm. Ich bin sonst schon belastbar, aber wenn man die Kinder sieht, wie die weinen, und die Eltern, die die Nerven schon wegschmeissen, wegen der Belastungen... Ich hab einen schwarzen Vater im Haus mit einem süßen Kind, das jetzt in die erste Klasse Volksschule geht. Die hör' ich, wenn sie heimkommt, weil sie so laut ist. Wenn das mein Enkelkind wär', ich weiß nicht... Er sagt: ‚Komm, du musst was essen.‘ Das Kind: ‚Ich will nicht, ich mag nicht, ich hab keinen Hunger.‘ Er: ‚Na komm, dann gehen wir schlafen.‘ Da sagt die Kleine drauf: ‚Siehst du nicht, dass ich beschäftigt bin?‘ Die sind von der Elfenbeinküste gekommen, vielleicht schon ein-einhalb Jahre bei mir. Die sind auch einmal vor der Tür gestanden, ob sie da übernachten können. Der Mann geht aber arbeiten, das Kind bringt er zur Tagesmutter. Das ist alles nicht so leicht. Erstens: Wer gibt einem Schwarzen eine Wohnung? Zweitens muss er sich was ansparen, dass er sich das leisten kann. Natürlich würde jeder gerne weg, in eine eigene Wohnung. Das Haus hier ist nicht das Himmelreich auf Erden. Aber natürlich ist es besser als die Straße. Es ist halt als Starthilfe gedacht. *gun*

POPULÄR GESEHEN

Wann beginnt der Vorkrieg?

„Kultur“, schrieb der Ethnologe Maurice Godelier, „erklärt nichts. Sie ist das zu Erklärende.“ Über kulturalistische Kurzschlüsse.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Menschen ohne Bekenntnis haben höhere Bildungsabschlüsse als KatholikInnen in Österreich. Kulturalistischer Kurzschluss: Um ökonomisch fit für die Zukunft zu sein, müssten wir die KatholikInnen zurückdrängen, um die Bildungsquote zu erhöhen. Die letzten Terroranschläge in Österreich wurden von einem Katholiken aus der Südstaiermark, Franz Fuchs, verübt und mit der Verteidigung des christlichen Abendlandes begründet. Kulturalistischer Kurzschluss: Achtung vor der Gefahr christlichen Terrors in Österreich. Patriarch ermordet Frau, der Macho hat einen türkischen Namen. Kulturalistischer Kurzschluss: Das ist kein Mord, sondern ein Kulturdelikt. Macho hält Frau im Keller gefangen, sein Name ist Fritzl oder Priklopil. Kulturalistischer Kurzschluss bleibt aus: ein verrückter Einzeltäter. Wir nehmen uns die Kultur, wie wir sie brauchen. Nobelpreisträger Amartya Sen hat diesen Zwang zur Alles- oder Nichts-Identität als „pluralen Monokulturalismus“ bezeichnet. Das meint, dass ganze Bevölkerungsgruppen von einer einzigen Kultur und einer einzigen Identität ausgehen, derer sich alle einzufügen haben. Sie kann durch Blut, Herkunft oder Religion bestimmt sein.

Menschen erwerben Rechte jedoch durch ihr Menschsein, nicht durch die Zugehörigkeit zu einer Religion, Kultur oder Herkunft. Wird das umgedreht, schnappt die Kulturalismus-Falle zu. Als was du geboren wurdest, das bist du.



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Einmal „Ausländer“ immer „Ausländer“. Sie fasst deshalb auch den Integrationsbegriff kulturalistisch. Menschen müssen aber die Freiheit haben, sich gegen (religiöse) Herkunft oder Tradition zu entscheiden. Das ist Grundlage für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft. Gläubige, ob sie zu Gott, Jahwe oder Allah beten, sind immer auch Frauen und Männer, Arme und Reiche, Mächtige und Ohnmächtige. Das zeigt, dass wir als Menschen mehrere Identitäten haben und dass ethnische Zugehörigkeit weniger wichtig ist als politische Überzeugung oder unser Beruf.

„Kultur“, schrieb der Ethnologe Maurice Godelier, „erklärt nichts. Sie ist das zu Erklärende.“ Es drängt sich der Verdacht auf, dass über Kulturen gesprochen wird, weil nicht über Menschenrechte gesprochen werden soll. Zwangsverheiratung sollte aber genauso diskutiert werden wie die Menschenrechtssituation in der Schubhaft und sogenannte Ehrenmorde genauso wie Männergewalt in der Familie. Das identitäre Entweder-Oder trägt auch in seiner harmlosesten Ausprägung den Keim des Krieges in sich. Man könne wissen, wann der Krieg beginnt, lässt Christa Wolf die trojanische Königstochter und Seherin Cassandra in ihrer gleichnamigen Erzählung sagen: „Aber wann beginnt der Vorkrieg?“ Der „plurale Monokulturalismus“ unterscheidet sich nicht grundlegend vom Kampfprogramm religiöser Fundamentalisten. Denn beide sind miteinander verfreundete Feinde.

SONDERECKE

Nach dem souveränen Staat

Wenn der Staat schwindet, müssen Demokratie und Menschenrechte neu organisiert werden..

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Postsouveräne Territorialität. Ein neuer Modebegriff macht in den Politikwissenschaften die Runde. Das Bild einer Welt, die in souveräne Nationalstaaten aufgeteilt ist, sei nur mehr schwer mit der Realität in Einklang zu bringen. Tatsächlich muss man festhalten, dass das Westfälische System mit seiner imaginierten Einheit von Staatsgewalt, Staatsgrenzen und Staatsvolk in einer globalisierten Welt deutlich an Plausibilität eingebüßt hat.

Mehr denn je erweist sich die demokratisch legitimierte Staatsgewalt mit ihrer inneren und äußeren Verfügungsmacht als fragwürdige Behauptung. Staatsmacht wird privatisiert und internationalisiert. Banken, Ratingagenturen und Konzerne fahren Schlitten mit nationalen Regierungen, polizeiliche Aufgaben werden ausgelagert, Geheimdienste knabbern im allgemeinen Terror-Taumel am Gewaltmonopol. Dem gegenüber stehen Kompetenzverschiebungen zur EU, dem IWF oder dem internationalen Strafgerichtshof, ohne dass diese immer ausreichend demokratisch legitimiert wären – während von Ländern wie Syrien, Libyen oder dem Yemen mangels legitimer RepräsentantInnen überhaupt schon als „failed states“ gesprochen wird.

Auch Staatsgrenzen verlieren zunehmend ihre Bedeutung als Begrenzung menschlicher Austauschbeziehungen. Europäische Investitionen, amerikanische Waren, chinesische Treibhausgase und indische Blockbuster wandern

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

nahezu ungehindert um die Welt. Wo solche Grenzen fallen, entgeht der Austausch auch dem Zugriff nationalstaatlicher Regelung.

Und selbst das Staatsvolk ist längst nicht mehr das, was es einmal war. Zahlreiche BürgerInnen tummeln sich im staatlichen Territorium ohne Teil des politischen Gemeinwesen zu sein. In Wien kann bekanntlich ein Viertel der EinwohnerInnen mangels Staatsbürgerschaft nicht wählen. Das demokratische Versprechen lautet aber, dass alle Rechtsunterworfenen die Chance haben, sich in gleichem Maße an der Gesetzgebung zu beteiligen. Das ist der Bonus repräsentativer Demokratien gegenüber monokratischer Herrschaft. Wenn sich nun erweist, dass die Institutionen, mit denen wir Demokratie und Menschenrechte organisieren weder die vorausgesetzte Verfügungsgewalt und Reichweite besitzen noch die Menschen auf ihrem Territorium repräsentieren, dann läuft das demokratische Versprechen ins Leere und es wäre an der Zeit, Demokratie und Menschenrechte Globalisierungsfitt zu machen.

Wie müssen demokratische Entscheidungen umorganisiert werden, damit sie der Globalisierung ihrer Auswirkungen sowie der gestiegenen Mobilität der Menschen gerecht werden? Welche Institutionen benötigen wir, damit Menschen ihre (Menschen-)Rechte einfordern können, egal wo auf der Welt sich gerade befinden? Eine gewaltige Herausforderung, der wir uns stellen sollen.

Wo bleiben die Guten?

Wir JournalistInnen wollen Missstände aufzeigen und lassen dabei oft die Guten links liegen.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye, freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Medien sind voll von schlechten Nachrichten: Krieg, Flucht, Menschenrechtsverletzungen. Ich gebe zu, ich habe das meinige dazu beigetragen. Denn wenn Muslima bespuckt und gestoßen, schwarze Menschen diskriminiert und misshandelt, und Flüchtlinge kriminalisiert und stigmatisiert werden, ist das Öffentlich-machen solcher Missstände eine journalistische Pflicht. Besonders vor dem Hintergrund, dass sich die innenpolitische Berichterstattung vieler Medien darin erschöpft, parteipolitische Debatten nachzuzeichnen. Und wer den parteipolitischen Diskurs verfolgt, weiß, dass die „Das-Boot-ist-voll“-Rhetorik der Rechten längst ihren Platz in die politische Mitte und in die Leitartikel etablierter Medien gefunden hat. All das findet neben den ohnehin gezielten Anti-Asyl-Kampagnen kleinformatiger Zeitungen statt. Wer weiter links steht, will andere Nachrichten vermitteln, berichtet über brennende Asylheime, alarmierende Rassismus-Studien und BürgerInnenproteste gegen die Ankunft Schutzsuchender. Linke, rechte, konservative und liberale MedienmacherInnen: Sie eint, dass sie ihrem Publikum – wenn auch mit vertauschten Rollen – TäterInnen und Opfer präsentieren. Es ist mitunter eine trostlose Welt, eine enttäuschend mutlose Gesellschaft, die man in den Medien wiederfindet. Und es ist daher ein wenig ruhmreiches Porträt, das wir von ihr zeichnen. Das hat seine Berechtigung. Aber unlängst musste ich

über diese journalistische Praxis nachdenken. Der Auslöser? Bei einer Podiumsdiskussion blieb mir regelrecht der Mund offen. Eine – wie sie sich selbst bezeichnete – „einfache Hausfrau“ wies den stellvertretenden Bürgermeister von Klosterneuburg an, am nächstfolgenden Werktag im Innenministerium anzufragen. Er solle dafür sorgen, dass die AsylwerberInnen in der Magdeburger-Kaserne in Klosterneuburg bleiben können. Die resolute Frau war nicht die einzige, die sich für den Verbleib der rund 200 Flüchtlinge im Ort einsetzte. In Klosterneuburg will eine Vielzahl der BürgerInnen, dass die Flüchtlinge bei ihnen bleiben. Die BürgerInnen-Initiative „Klosterneuburg hilft“ engagiert sich für die Flüchtlinge, initiiert gemeinsame Aktivitäten, sammelt Kleidung und Spielzeug, und probt den Aufstand für und nicht gegen die Asylwerbenden. In den Medien ist darüber kaum berichtet worden. Klosterneuburg ist ein Vorzeigebeispiel für humanitäres Engagement, aber kein Einzelfall. Immer wieder haben sich BürgerInnen für Flüchtlinge stark gemacht, mit ihnen Deutsch gelernt, sie privat aufgenommen, sich gegen deren Abschiebung gewehrt. Doch wir JournalistInnen lassen diese Menschen meist links liegen. Wir wollen Missstände aufzeigen und vergessen dabei allzu oft auf die Guten, die Mutigen, die Selbstlosen. Schade. Denn es gibt viele von ihnen – und so ruhmreich wäre ihr Porträt.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Who the Fuck Is Kafka

Eigentlich sollte dieses Buch von einer grenzüberschreitenden Freundschaft zwischen Israelis und Palästinensern erzählen, doch am Ende wird daraus ein Beleg für deren Unmöglichkeit. Die israelische Autorin Lizzie Doron trifft bei einem Menschenrechtstreffen in Rom auf einen palästinensischen Fotografen, eine Begegnung, die beide fortsetzen wollen. Beide beschnuppern sich als wä-

ren sie jeweils von einem anderen Planeten, wenn Nadim aus Ostjerusalem nach Tel Aviv reist, um Lizzie zu besuchen. Beide legen ihre Vorurteile offen, ihre Unwissenheit, die kollektiven Traumata (Shoa, Nakba) ihrer eigenen Gesellschaften. Dass man so nicht weiterkommt, schon gar nicht in einer Freundschaft, wird auch im Buch bald klar. Schon bald scheint das gemeinsame Projekt aber tatsächlich vor allem für diese Publikation fortgesetzt zu werden: In inneren Monologen und ironischen Selbstkommentierungen, in denen Doron sich vor ihrer Leserschaft mit all ihrem Mißtrauen und ihrer selbstständigen, geistigen Sicherheitsarchitektur entblößt, steckt viel von jener Auf- und Abrechnungskultur, mit der sich beide Seiten begegnen. Genau das macht dieses Buch, das zwar kein Roman ist, wie am

Cover steht, sondern eine Art gewitztes Tagebuch mit bitteren Anklängen, auch lesenswert. Kein Versuch einer Objektivierung, einer Wahrheitsfindung oder einer Gerechtigkeitsbeweisführung im Nahostkonflikt, sondern der Konflikt mit sich selbst, ein Krieg im kleinen, den jede/r führen muss, der/die sich auf die „andere Seite“ einlässt. Stellenweise fragt man sich freilich, ob die Autorin tatsächlich so naiv ist, dass sie über die zahlreichen Straßensperren in der Westbank nicht bescheid weiß, oder, dass es nicht die Palästinenser waren, die Jerusalem „besetzt“ haben. Bei diesen Passagen geht es wohl eher um eine literarische Form, um die Zuspitzung einer Beziehung, in der auch etwas riskiert werden soll: um die Annäherungen und Rückschritte in einer ungleichen Freundschaft. „Wann treffen wir uns

wieder?“, fragt die Autorin einmal zögerlich. „Du hast offenbar noch nicht kapiert, dass ich nicht Herr über mein Leben bin... dass ich ein besetzter Mensch bin“, lautet die Antwort von Nadim. Das Kokettieren mit realen Machtverhältnissen und den Zurichtungen des Individuums, auch das ist zentraler Bestandteil dieser lesenswerten Lektüre. *gun*

Lizzie Doron
Who the Fuck Is Kafka
 Dtv Verlag 2015
 256 Seiten, 13 Euro

BUCH



Sind die Menschenrechte westlich?

Nein, lässt sich die Antwort des Autors Hans Joas sogleich vorwegnehmen. Immerhin hätten in der Zeit der griechischen

Antike, also grob im Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung, auch östliche Religionen wie der Buddhismus und Konfuzianismus eine eigene Ethik, eine Menschenwürde entwickelt, nicht nur der jüdische und später christliche Monotheismus. Diese Ideen seien auch in die allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 eingeflossen, an der auch RepräsentantInnen aus Asien mitgewirkt hätten. Joas' Interesse zielt auf die hitzig diskutierte Frage der universellen Gültigkeit der Menschenrechte ab, ob diese denn für alle Menschen und Kulturen auf der Welt gelten, oder

ob sie nicht eine Erfindung des Westens sind. Da der Autor das aber grundsätzlich verneint, nähert er sich der Problematik von einer anderen Seite: Wie wäre es möglich, dass der Westen allen Menschen diese Individualrechte zuerkannt hat, zugleich aber über Sklaverei und Folter genau diese Menschenrechte noch bis ins 20. Jahrhundert in seinen Machtsphären negiert hat? Joas spricht den US-amerikanischen Sklavenhandel, der nach der Unabhängigkeitserklärung 1776 erst so richtig aufblühte, ebenso an wie die systematische Folter der Unabhängigkeitskämpfer

in Algerien der 1960er Jahre bis zu Guantanamo. Klaffen hier Anspruch und Wirklichkeit auseinander oder sollten die Menschenrechte, entgegen europäischer Behauptungen, doch nicht universelle Geltung haben? *red*

Hans Joas
Sind die Menschenrechte westlich?
 Kösel Verlag, 2015
 96 Seiten, 10 Euro

SPOTLIGHT

Gemeindeaufschwung auf Kosten Anderer

Walter Hubner wollte seiner Gemeinde unter allen Umständen zum Aufschwung verhelfen und baute dabei auf die Not derer, die nun in Vordernberg auf ihre Abschiebung warten.

TEXT: SONJA DRIES

Als Walter Hubner 2005 zum Bürgermeister von Vordernberg gewählt wurde, zählte die kleine Gemeinde 1.259 Einwohner. In den sechziger Jahren waren es noch fast doppelt so viele gewesen. Damals profitierte das Dorf im Bezirk Leoben wirtschaftlich vor allem vom gut 20 Kilometer entfernten Erzberg. Heute ist Vordernberg so wie viele seiner obersteirischen Nachbarn eine überalterte Gemeinde mit einer der prozentuell größten Abwanderungen im Land. Die Volksschule wird mit Ablauf des Schuljahres geschlossen, weil hier zu wenige Kinder wohnen. Als Hubner Bürgermeister wird, hofft er trotzdem auf eine gute Zukunft. Mit Ideen wie 500 Euro Begrüßungsgeld für jede neue BürgerIn versucht der SPÖ-Politiker die schrumpfende Gemeinde in Schwung zu bringen, in der die kommunalen Einnahmen mit jeder Abwanderung sinken. Als das Innenministerium vor sechs Jahren einen passenden Ort für ein neues Schubhaftzentrum sucht, wittert Walter Hubner seine Chance. 150 neue Arbeitsplätze, eine weit höhere Kommunalsteuer und eine Entlastung des Gemeindebudgets stehen in Aussicht. Die Vordernberger reißt der Bürgermeister mit seiner Begeisterung mit. Bei einer BürgerInnenbefragung votieren 401 von 574 gültigen Stimmen für den Bau. Die rein wirtschaftliche Motivation hinter Hubners Begeisterung für das Projekt zeigt auch die damalige Fragestellung: „Sind Sie für eine positive Gemeindeentwicklung durch die mögliche Gründung



Walter Hubner möchte wissen, warum wir im Bundesgebiet so wenig Schubhäftlinge haben.

von Gewerbebetrieben in Vordernberg, die Absicherung der örtlichen Infrastruktur (Nahversorger, Arzt, Apotheke usw.), eine Investition des Bundes von rund 15 Mio. Euro in Vordernberg, eine jährliche Wertschöpfung von rund 10 Mio. Euro, die Schaffung von rund 150 Arbeitsplätzen in Vordernberg und eine Mehreinnahme im Gemeindehaushalt von bis zu 130.000 Euro im Zusammenhang mit der Errichtung eines Schubhaftzentrums?“ Dass das Geld auf Kosten derer in die Gemeindekasse gespült wird, die im Zentrum eingesperrt auf ihre Abschiebung warten, wird in der Gemeinde nicht diskutiert. Zynisch mutet dabei an: Die InsassInnen werden im Finanzausgleich als BewohnerInnen der Gemeinde geführt und entlasten somit den Haushalt. Der Betrieb des Schubhaftzentrums selbst wird unter undurchsichtigen Umständen an eine private Sicherheitsfirma vergeben, die Volksanwaltschaft prüft derzeit die Verträge. In

der Ausschreibung für die Dienstleistung fordert die Gemeinde keinerlei einschlägige Ausbildung für den Umgang mit den Schubhäftlingen. Ein Vorschlagsrecht für die MitarbeiterInnen sichert sich Hubner aber sehr wohl. 450.000 Euro überweisen BMI und Polizei jetzt pauschal und monatlich an die Sicherheitsfirma G4S, bei der nun auch einige Vordernberger beschäftigt sind. Doch die Sache hat noch einen „Haken“. Die Anerkennungsquote bei Asylverfahren ist derzeit mit 40 Prozent sehr hoch, das bereitet Walter Hubner eher Sorge: „Wir haben jetzt eine Situation, wo immer wieder kolportiert wird, wir haben Flüchtlingsströme wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Darum ist es für mich nicht ganz nachvollziehbar, dass wir zurzeit im Bundesgebiet so wenige Schubhäftlinge haben wie schon lange nicht mehr,“ sagt der Bürgermeister und spricht von Einbußen für seine Gemeinde. Derzeit bewohnen nur drei InsassInnen das Zentrum. Eine Broschüre des Innenministeriums versichert den BürgerInnen von Vordernberg, dass sie keinesfalls mit den Schubhäftlingen in Kontakt treten müssen, da diese, von der Polizei streng bewacht, das Zentrum unter keinen Umständen verlassen dürfen. Hört man sich Hubner an, wünschte man es wäre anders, damit Gemeinde und Bürgermeister erkennen, auf welch hohem Niveau sie jammern. PS.: Ein Gespräch über die Situation lehnte Walter Hubner übrigens mit Verweis auf das BMI ab.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Die Machiavellis der Wissenschaft

Bereits in den frühen 1970er Jahren erkannte der Wissenschaftler Sherwood Rowland, dass Chemikalien wie FCKW in Spraydosen die Ozonschicht der Erde schädigen. Später erhielt er den Nobelpreis. Dass es oft noch sehr lange dauert, bis es zu Maßnahmen kommt, hängt mit der Politik und den Industrien zusammen, deren

Interessen sie schützt. In den 1980ern wurde die Existenz des sauren Regens durch Experten der Administration Reagan gelehnt, bis heute gibt es in den USA Wissenschaftler, die die Klimaerwärmung als Märchen abtun. Immer sind es die „Merchants of Doubt“, die losgeschickt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und wissenschaftliche Studien in Zweifel zu ziehen. Das AutorInnenduo Naomi Oreskes und Erik M. Conway beschreiben, wie die Cold Warriors, die etwa das Strontium in den Zähnen von Babys in St. Louis wider besseren Wissens nicht dem Waffentestgelände in Nevada zuordnen, sondern einem radioaktiven Niederschlag aus der Sowjetunion, wie diese WissenschaftlerInnen und Think-Tank-MitarbeiterInnen nach dem Ende des Kalten Krieges nicht etwa arbeitslos wurden,

sondern Anfang der 1990er Jahre nahtlos in die Dienste der Tabakindustrie übertraten. Nun ging es darum, zu behaupten, dass Rauchen keinen Krebs erzeugt. Fakten wurden manipuliert und die Glaubwürdigkeit von WissenschaftlerInnen gezielt attackiert. Die Industrie ließ sich die Arbeit dieser Leute Millionen kosten, denn sie konnte Milliarden-Klagen damit sparen. Die Argumentationslinie der Merchants of Doubt waren und sind aber nicht nur inhaltlich, sondern oftmals auch ideologisch gesetzt: So sprachen sich Think Tanks gegen eine Regulierung der Tabakindustrie aus, weil Regulierung bereits der direkte Weg zum Sozialismus sei, wie man verlautete. So verhinderte man, dass das Pflanzenschutzmittel DDT nicht mehr in Zigaretten gelangte, man bestritt die Krebserkrankungen als Folge

des Rauchens und behauptete, dass vieles andere im Leben viel gefährlicher sei: etwa das Überqueren einer befahrenen Straße. Das Verdienst dieser nun auf Deutsch vorliegenden Publikation ist es, nicht polemisch sondern mit großer Akribie die Strukturen und Vorgänge aufzuzeigen, durch die Washington und die Industrie ihre eigenen Fakten schuf. Detailliert zeichnen Oreskes und Conway nach, wie man wissenschaftliche Erkenntnisse in Zweifel zieht. Auch bei der Klimaerwärmung war man erfolgreich. Laut Umfragen glaubt heute die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung, dass es diese gar nicht gibt. *red*

Naomi Oreskes und Erik Conway
Die Machiavellis der Wissenschaft
Das Netzwerk des Leugnens
Wiley-VCH Verlag, 2015
364 Seiten, 24,90 Euro

BUCH



Gekaufte Zeit

Ein Tipp, auch wenn diese Publikation bereits im Jahr 2013 erschienen ist. Sie ist top-aktu-

ell. Der Soziologe und Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung Wolfgang Streeck macht in diesem Buch die Zusammenhänge zwischen Finanzkrise und Demokratiekrise auf überzeugende Weise sichtbar und nachvollziehbar. Streeck geht dabei durchwegs empirisch vor, zeigt auch die eine oder andere Grafik und bedient sich dabei, obwohl adornitisch eingestellt, einer sehr verständlichen Rhetorik. Die neoliberale Politik Reagans, die dem Staat die Steuern entzog, entpuppt sich hier als eine der zentralen Ursachen für die Schuldenkrise, in die der Staat

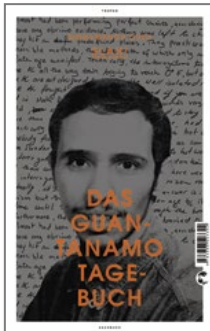
in der Folge geraten musste. Mit dem Rückbau des Staates und seiner Leistungen schwindet auch das Vertrauen der Wählerschaft, die Wahlbeteiligung sinkt, der Staat erfährt eine sukzessive Diskreditierung. Während die Spitzeneinkommen von Managern explodieren, fühlen sich immer mehr Menschen in den deregulierten Gesellschaften alleingelassen. Streeck analysiert die Währungsunion und hinterfragt, wer vom Eurokapitalismus am meisten profitiert. In Ländern wie Griechenland zeigt sich besonders deutlich, wie der privatisierte Keynesianismus

funktioniert, die Ablösung der Staatsverschuldung durch Privatverschuldung ist in vollem Gang. Durch welche Strategien kann der Kapitalismus sein Ende noch hinauszögern? *red*

Wolfgang Streeck
Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus
Suhrkamp, 2013
270 Seiten, 25 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Lost in Guantanamo

Er fuhr 1990 nach Afghanistan, um sich am US-gestützten Kampf der Mujaheddin gegen die Sowjets zu beteiligen. Dass er sich damals einer Gruppe namens al-Qaida verpflichtete, machte ihn später zu einer Schlüsselfigur des War on Terror. Er führte bereits wieder ein ziviles Leben in Mauretanien, hatte sich von der Terrorgruppe distanziert und war später mehrmals Vorladungen der Polizei gefolgt, als ihn die US-Geheimdienste aus Mauretanien entführten. Seit 12 Jahren wird Mohammedou Ould Slahi in Guantanamo festgehalten, er hat keinen Verteidiger, es gibt keine Anklage, er lebt isoliert von der Außenwelt. Die Amerikanische Bürgerrechtsunion (ACLU) fordert seine Freilassung, so wie Stimmen aus der Justiz, etwa ein US-Bundesrichter. Wenn man „Das Guantanamo Tagebuch“ liest, würde man meinen, am Ende stünde wohl, dass Slahi nach all den Jahren schließlich freigegeben ist. Doch Slahis Bericht ist selbst bereits zehn Jahre alt, so lange hat es gedauert, bis die US-Politik die Texte, die der Mann auf viele Zettel geschrieben hat, überhaupt freigegeben hat. Schließlich erhielt ein Verleger

die Erlaubnis, den Bericht zu veröffentlichen; man entschied sich, all die geschwärzten Stellen als Sichtbarmachung einer Praxis des Freiheitsentzuges und der absoluten Kontrolle im Text zu belassen. Das Vorwort des Herausgebers zeigt die Dimension dieses Falles auf, der allen juristischen und völkerrechtlichen Standards spottet. Slahis Bericht selbst ist erschütternd. Nicht nur wegen der Erniedrigungen, über die zu lesen man erwartet. Sondern v.a. weil hier kein politisches, agitatorisches Subjekt, sondern ein Mensch zu einem spricht, dessen Strategien, sich nicht aufzugeben, berühren. Man fragt sich reflexartig, wie man so eine Situation selbst meistern würde. Erinnerungen spielen dabei eine Rolle, etwa an eine Hochzeit in Mauretanien, an ein Leben unter anderen Menschen. Dieses Tagebuch ist ein beherzter, offener Dialog mit sich selbst, den Slahi hier führt: über seinen Weg nach Afghanistan, seine Kontakte, die ihm zur Last gelegte Beteiligung an Attentaten, seinen Versuch, die afghanischen Schatten wieder loszuwerden und das Scheitern, die mögliche eigene Unschuld zu beweisen. Und ein einzigartiger Einblick in ein System, bei dem Wahrheit und Recht auf der Strecke bleiben. Absolute Empfehlung. *red*

Mohammedou Ould Slahi
Das Guantanamo Tagebuch
 Verlag Tropen 2015
 460 Seiten, 16 Euro



Foto: Bernhard Spindler

LISTEN

2 X 5 DINGE UND SONST?

Ciresica Milea wuchs in der Nähe der rumänischen Stadt Pitesti auf. Die 37-Jährige hat zwei Kinder und seit 2 Jahren sind sie und ihr Mann Constantin Großeltern. Seit 6 Jahren lebt sie auch in Wien, wo sie MO verkauft.

5 Dinge zum Straßenzeitungsverkauf

- 1 Ist momentan meine einzige Chance auf Arbeit und Einkommen.
- 2 An einem Tag lege ich gefühlte 30 km zu Fuß zurück.
- 3 Dabei spreche ich ca. 100 Leute am Tag an.
- 4 Ich bin dankbar, dass die meisten von ihnen freundlich sind.
- 5 Leider macht es mir die Polizei nicht immer leicht.

5 Dinge, die ich meinen Kindern wünsche

- 1 Einen eigenen und sicheren Platz zum Wohnen
- 2 Die Chance auf eine Schulbildung
- 3 Für meine Kinder dieselbe Unterstützung zu bekommen, wie andere Eltern
- 4 Eine gute Arbeit
- 5 Dass sie nie Probleme mit der Polizei haben werden

Und sonst?

Ich selbst wünsche mir, weiter in Wien zu bleiben, dass ich nicht auf der Straße wohnen muss und es mir nicht verboten wird, Straßenzeitungen zu verkaufen.



Asyl ist ein Menschenrecht. Arbeit ein Grundrecht. Unterstützen Sie unsere Aktionen für mehr Menschenwürde:
IBAN: AT 876 000 000 091 000590 BIC: OPSKATWW www.sosmitmensch.at



PKP BEDO

Mit freundlicher Unterstützung von Vienna Paint und adb.

WENN WERTE MIT FÜSSEN GETRETEN WERDEN, TRETEN WIR FÜR SIE EIN.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende! SOS Mitmensch setzt sich lautstark, tatkräftig und unabhängig für Gleichberechtigung, Chancengleichheit und die Würde aller Menschen ein. Danke für Ihre Mithilfe. IBAN: AT 876 000 000 091 000 590 | BIC: OPSKATWW Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at

SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.



SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

FLUCHT

Das Sterben im Mittelmeer stoppen!

Der Massentod von Flüchtlingen im Mittelmeer hat viel Betroffenheit ausgelöst. Doch die politischen Maßnahmen, die bisher beschlossen wurden, zeigen, dass als höchste Priorität immer noch die Abwehr von Menschen gilt.

Es gibt jedoch auch positive politische Signale. Die Zahl der VerantwortungsträgerInnen, die erkennen, dass es legale Flüchtlingswege nach Europa und ein solidarisches

Asylsystem in Europa braucht, wächst. Daher ist es wichtig, jetzt weiter Druck auf die Politik zu machen. Die von der Plattform „Gegen Unrecht“ initiierte Petition „Stoppen wir das Massensterben im Mittelmeer!“ wurde bereits von mehr als 45.000 Menschen unterschrieben. Jede einzelne Unterschrift zählt und ist ein wichtiges Zeichen gegen die Gleichgültigkeit: www.gegen-unrecht.at



Gegen Unrecht

DEMOKRATIE

Das ist auch deine Wahl!



Pass egal Wahl

Deine Stimme ist wichtig, dein Engagement auch. Wir wollen, dass alle, die sich in Österreich demokratisch einbringen wollen, auch die Möglichkeit dazu erhalten. Doch

ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung ist von Wahlen ausgeschlossen. In Wien ist das Ausmaß des Wahlauschlusses besonders groß. Ein Viertel der Wohnbevölkerung hat bei Gemeinderatswahlen kein Stimmrecht, weil diese keinen österreichischen Pass besitzen. Dabei lebt ein Großteil der Betroffenen schon 5 Jahre oder deutlich länger in Wien. Hintergrund des wachsenden Wahlauschlusses sind nicht nur Migrationsbewegungen, sondern auch die im europäischen Vergleich nahezu einzigartig restriktiven Einbürgerungsgesetze in Österreich. Vielen Menschen, die schon lange hier leben oder sogar hier aufgewachsen sind, wird die

Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft verwehrt. Hilf uns dabei, diese Demokratieblockade zu brechen. SOS Mitmensch wird vor den offiziellen Wiener Wahlen eine „Pass Egal Wahl“ abhalten, bei der Jede und Jeder unabhängig vom Pass ein Stimmrecht hat. Wenn Du bereit bist, für die Pass Egal Wahl 2015 mitzumobilisieren oder zu spenden, dann schreibe bitte an office@sosmitmensch.at oder besuche unsere Webseite www.sosmitmensch.at.

Deine Stimme und deine Mithilfe sind entscheidend!

Anstieg von Rechtsextremismus

Die Zahl der Anzeigen aufgrund von Delikten mit einem fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen, islamophoben oder rechtsextremen Hintergrund ist im Jahr 2014 erneut gestiegen. Rund 1.200 Tathandlungen wurden angezeigt. Die Aufklärungsquote lag bei rund 60 Prozent. Diese bedenkliche Entwicklung bedarf erhöhter Aufmerksamkeit.

Hetze im Wahlkampf

Die FPÖ unterfüttert ihre Wahlkämpfe mit Hetzkampagnen gegen „Asylanten“ und „den Islam“. Dafür verwendet sie aus dem Zusammenhang gerissene Zitate von Islam-ExpertInnen. Doch diese wehren sich. Bassam Tibi und KollegInnen fordern die FPÖ auf, ihre Hetzkampagne und den Missbrauch der Zitate umgehend einzustellen.

Nachlese: Sprechstunden der Vielfalt

Am Freitag, den 24. April 2015 fand der zweite Gesellschaftsklimatag statt. In Schulen, Höfen, Lokalen und auf Plätzen diskutierten Menschen unterschiedlichster Herkunft mit großem Engagement über das Zusammenleben. Die Begeisterung über die „Sprechstunden der Vielfalt“ war groß! Mehr Infos auf: www.gesellschaftsklima.at



Columbusplatz: Sprechstunde der Vielfalt

ANDERE ÜBER ...

EU trägt Mitverantwortung

Um das Massensterben im Mittelmeer zu stoppen, muss die EU Ursachen bekämpfen statt Drohgebärden gegen Schlepper zu setzen.

Kommentar: Alev Korun



Illustration: Petja Dimitrova

Catania / Sizilien, 5. Mai 2015: Im Hafen ist in der Früh ein Containerschiff mit rund 200 Flüchtlingen an Bord angekommen. Mehrheitlich junge Menschen aus Eritrea, Somalia und Nord-Nigeria entsteigen dem Frachter. Aber auch vier Leichen werden herausgetragen: Mindestens vier Menschen haben die drei Tage lange Fahrt von Libyen nach Sizilien nicht überlebt. Am nächsten Tag erzählt mir die Mitarbeiterin des UNO-Flüchtlingshochkommissariats, dass allein an diesem Tag 40 Menschen umgekommen bzw. ertrunken sind. Das tägliche Sterben ist leider nicht neu: Je unmöglicher es wurde, sicheren EU-Boden legal zu erreichen, desto höher stieg der Preis der bezahlten Fluchthelfer. Und desto tödlicher wurde die Überfahrt.

Und das passiert nicht nur im Mittelmeer. US-mexikanische Grenze, Mai 2010: Menschenrechtsorganisationen beschreiben die gleiche Todespirale: Je höher die Grenzzäune und je lückender die Polizeikontrolle gegen Migration, desto stärker weichen Migranten auf gefährlichere Routen aus, da diese weniger kontrolliert werden, sagen sie. Und je gefährlicher die Reise, desto teurer die Schleppung, da mehr Risiko. Sie berichten auch von der Folge dieser Politik: Mehr Menschen verenden in der Wüste an der Grenze zwischen USA und Mexiko auf immer gefährlicheren und längeren Routen.

Was die EU aus ähnlichen Erfahrungen von Verschärfung und Abschottung der Grenzen und nach tausenden Toten lernen könnte? Dass höhere Zäune und Mauern Migration nicht stoppen, sondern nur die Totenzahlen erhöhen, solange nicht an den Ursachen von Flucht und Migration angesetzt wird.

Was Fluchtursachen betrifft, befinden wir uns im Jahr fünf eines grausamen Kriegs in Syrien, der neun Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht hat: sechs Millionen im Land selber, drei

Millionen in den Nachbarländern. So lange dieser blutige Krieg weitergeht, werden Menschen auch weiter von dort flüchten müssen und ein Teil – bisher übrigens nur 3 Prozent von ihnen – auch nach Europa kommen. Um von Nordnigeria, wo die Terrormiliz Boko Haram wütet, Eritrea mit einem diktatorischen Herrscher oder Somalia noch gar nicht zu reden.

Für diese Menschen kann keine Mauer zu hoch sein, denn sie rennen um ihr nacktes Leben. Um das Massensterben zu beenden, braucht es ein EU-Programm mit dem erklärten Ziel der Lebensrettung – und nicht wie derzeit bloß als Nebenprodukt des „Grenzschutzes“ – und legale Wege für die Flüchtlinge.

Ein Teil derer, die über das Mittelmeer kommen, haben keine „klassischen“ Fluchtgründe. Für eine Lösung braucht es auch da vor allem Ursachenbekämpfung von erzwungener Migration statt bloßer Drohgebärden gegen bezahlte Schlepper. Denn ein Großteil der Probleme sind von EU-Regierungen hausgemacht. Beispiel Senegal, wo hunderttausende Menschen von der Fischerei leben. Durch ein Fischereiabkommen hat die EU 2014 das alleinige Recht erkaufte, jährlich 14.000 Tonnen Thunfisch vor der senegalesischen Küste zu fischen. Senegalesische FischerInnen dürfen vor ihrer Küste nicht mehr fischen, während die EU ihre Fischbestände leer fischt. Wohl gemerkt für Thunfischkonserven in „unseren“ Supermärkten. Was machen Menschen, denen die Lebensgrundlage entzogen wird und die in ihrem Land kein Auskommen mehr finden? Sie wandern aus. Würde unsere Handelspolitik ihnen ihre Wirtschaftsgrundlage lassen, müssten sie es nicht. Das zweite Feld notwendiger Veränderungen neben der Eindämmung von Kriegen und humanitärer Hilfe sind faire Wirtschaftsbeziehungen, die Länder des Südens nicht mehr plündern und zu unfreiwilliger Migration führen.

ZUR PERSON

Alev Korun

Alev Korun, ist Nationalratsabgeordnete für die Grünen und Vorsitzende des parlamentarischen Menschenrechtsausschusses.

Bisher kommentierten:

Heinz Patzelt, Gebrüder Moped, Amira Hafner-Al Jabaji, Simon Inou, Johannes Kopf, Susanne Scholl, Christian Mondl, Joachim Stern, Barbara Coudenhove-Kalergi, Klaus Ottomeyer, Renate Csörgits, Monika Kircher-Kohl, Arash und Arman Riahi, Georg Kapsch, Heinz Fronek, Michael Fleischhacker, Franz Fischler, Andrea Schurian, Sandra Frauenberger, Martin Staudinger, Maria Rauch-Kallat, Herbert Haupt, Ulrich Brand, Franz Schnabl, Alfons Haider, Bernhard Kummer, Barbara Stöckl, Herbert Stepic, Dietmar Ecker, Erhard Busek.



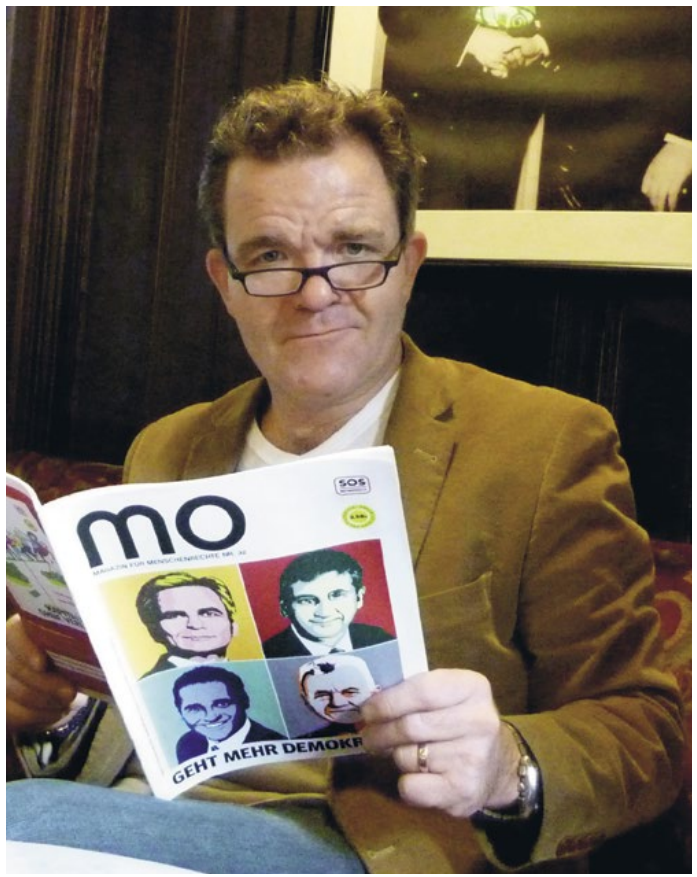
**ES GIBT IM LEBEN
GENUG, DAS
NICHT PASST.
JOBS, DIE PASSEN.**
24 Stunden online und jeden
Samstag in der Zeitung.

[derStandard.at/Karriere](https://www.derstandard.at/Karriere)



**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

- MO – Soliabo - 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

ZAHLUNGSART

- Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

e-mail

- Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

e-mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**